

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE MACHTVERHÄLTNISSE IN KASACHSTAN DIE STIMMUNG IN KIRGISTAN

■ ANALYSE

Die Dynamik von Machterhalt und -nachfolge
Die politische Elite in Kasachstan und Perspektiven für den Machtwechsel 2
Von Dosym Satpajew und Tolganay Umbetalijewa, Almaty

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Wahl- und Umfrageergebnisse aus Kasachstan 2005–2010 6

■ DOKUMENTATION

Verfassungsgesetz über den Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan –
Führer der Nation 7
Ansprache des Staatsoberhauptes an das Volk Kasachstans, 31. Januar 2011 8

■ DOKUMENTATION

Kirgistan: Verunsichert und unzufrieden
Die Ergebnisse einer Meinungsumfrage im Mai 2010 9

■ CHRONIK

Vom 19. Februar bis zum 18. März 2011 16



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Dynamik von Machterhalt und -nachfolge

Die politische Elite in Kasachstan und Perspektiven für den Machtwechsel

Von Dosym Satpajew und Tolganay Umbetalijewa, Almaty

Zusammenfassung

In Kasachstan finden am 3. April 2011 vorgezogene Präsidentschaftswahlen statt, nachdem es zuvor politische Bestrebungen für ein Referendum zur Verlängerung der Amtszeit Nursultan Nasarbajews gegeben hatte. Nach Meinung der Autoren, die die Grundlage der Stabilität des politischen Systems Kasachstans in ausbalancierten Verhältnissen zwischen Präsident und Elite sowie innerhalb der konkurrierenden Elitegruppen sehen, ist dieser Ablauf Ergebnis eines Machtkampfes in der politischen Elite des Landes. An einer Fortsetzung der Präsidentschaft Nasarbajews besteht kein Zweifel, da sie im Interesse der Elite ist, doch gibt es Zeichen einer beginnenden innerelitären Konkurrenz um die völlig offene Nachfolge des Präsidenten. Damit verbunden sind wachsende Risiken für die innere Stabilität Kasachstans.

Im heutigen Zentralasien ist Stabilität eines der wichtigsten politischen Schlagwörter, das allerdings mit anderen Inhalten verbunden ist, als im Westen. Unter den Bedingungen des heutigen Kasachstan meint der Begriff »politische Stabilität« zunächst einmal die Stabilität der Beziehungen innerhalb der politischen Elite. Sie werden traditionell maßgeblich bestimmt zum einen durch die Anordnung der Kräfte zwischen den konkurrierenden Machtgruppen in einem System der Gewichte und Gegengewichte, zum anderen durch die Fähigkeit des Präsidenten, die Situation so unter Kontrolle zu halten, dass keine der konkurrierenden Gruppen so stark wird, dass sie die Ausweitung ihrer politischen und ökonomischen Interessen fordert.

Eliten und Elitenkämpfe

Für den Präsidenten Kasachstans spielt politische und wirtschaftliche Loyalität eine wichtige Rolle. Deshalb sind in den staatlichen Strukturen der Republik Vertreter aller Clans und aller Regionen des Landes repräsentiert, es besteht ein Modell regionaler Parität. Wobei wir hier unter Clans den Zusammenschluss von Abstammungsgemeinschaften verstehen, in Kasachstan sind dies die drei Schusy oder Horden. Außenstehende Beobachter machen häufig den Fehler, bei der Analyse der zwischenelitären Machtverhältnisse im postsowjetischen Kasachstan den Akzent ganz auf die Clanherkunft der Vertreter der Elite zu legen und zu ignorieren, dass sich in den 20 Jahren seit der Unabhängigkeit Kasachstans eine starke Präsidialmacht mit vielen Vollmachten etabliert hat, durch die der Einfluss des Clankfaktors zurückgedrängt wurde.

Seit ungefähr vier Jahren besteht in der politischen Elite ein Konfliktpotential, das auch in Zukunft zu neuen Zusammenstößen zwischen den unterschiedlichen Gruppen führen könnte, was wiederum das Niveau politischer Risiken in Kasachstan erhöht. Darüber hinaus hat die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur

substantielle Auswirkungen auf die Konfiguration des Kräfteverhältnisses innerhalb der kasachstanischen Elite gehabt, sondern auch zu einer neuen Umverteilung von Eigentum geführt, die bereits im Jahr 2007 nach dem Konflikt des Präsidenten mit seinem damaligen Schwiegersohn, Rachat Alijew, begann.

Einige Elitegruppen versuchen auch den Kampf gegen die Korruption zur Stärkung ihrer Position zu nutzen. Die stärksten Schläge waren gegen die so genannten »Jungtürken« gerichtet, eine Gruppe von Politikern und Geschäftsleuten, die in den 1990er Jahren mit direkter Unterstützung des Präsidenten auf der »Bühne« erschienen war. Als Ergebnis der Flucht des ehemaligen Bankiers (der BTA Bank – Anm. d. Übersetzers) Mughtar Abljasow sowie die Festnahme des Chefs des Staatskonzerns Kazatomprom, Mughtar Dschakischew, hat diese Gruppe 2009 die schwersten Verluste erlitten. Doch auch andere Vertreter der Elite zeigen sich in ihren Positionen verwundbar.

Man kann sagen, dass in den Jahren 2007 bis 2010 eine erneute Welle innerelitärer Konflikte zu beobachten war, die Spekulationen um den Beginn eines ersten Machtkampfes in der Umgebung des Präsidenten neuen Zündstoff gegeben hat. Sichtbares Zeichen war die von verschiedenen dem Präsidenten nahe stehenden Gruppen initiierte Diskussion um eine unbegrenzte Amtszeit des Präsidenten und den Titel »Führer der Nation«. Als Ergebnis trat im Frühsommer 2010 das Gesetz »Über den Führer der Nation« in Kraft, das die Einführung eines neuen Mechanismus zur Weitergabe der Macht in Kasachstan ermöglicht. Die wichtigste inhaltliche Bestimmung des Gesetzes besteht in der Verpflichtung der staatlichen Strukturen, sich mit dem ersten Präsidenten selbst im Falle seines Ausscheidens aus dem Amt bei allen innen- und außenpolitischen Initiativen abzustimmen. Darüber hinaus kann dem Gesetz zufolge Präsident Nasarbajew nicht festgenommen und für Handlungen während seiner Amts-

zeit zur Verantwortung gezogen werden. Ein Anschlag auf das Leben des Führers der Nation wird mit terroristischer Aktivität gleichgesetzt. Durch das Gesetz erhalten zudem nicht nur der Präsident, sondern auch seine Familienmitglieder, Garantien für die Unantastbarkeit ihres Eigentums. Das Gesetz hat bei vielen Vertretern der kasachstanischen politischen wie Wirtschafts-Elite, die an einer langen Amtszeit Nasarbajews und einem definierten Mechanismus zur Machtübergabe interessiert sind, Unterstützung gefunden.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes »Über den Führer der Nation« kam jedoch in der politischen Elite Kasachstans die fast selbstverständliche Frage nach der Zweckmäßigkeit der Teilnahme des Präsidenten, nun in seinem neuen Status, an den nächsten Präsidentschaftswahlen auf; steht doch seine langfristige Legitimierung als »Führer der Nation« im Widerspruch zur Notwendigkeit durch einen Wahlkampf um ein neues formales Vertrauensmandat zu werben. Offensichtlich sind dabei im Umfeld des Präsidenten mindestens zwei Projekte zur Verlängerung seiner Vollmachten miteinander kollidiert. Das erste war mit einem Referendum verbunden, das zweite mit Präsidentschaftswahlen.

Referendum oder Wahlen?

Wie die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, hat der Präsident sich dazu entschlossen, auf ein Referendum zur Verlängerung seiner Vollmachten bis zum Jahr 2020 zu verzichten und sich stattdessen für die Durchführung vorgezogener Präsidentschaftswahlen ausgesprochen – bei denen er auf einem Stimmenanteil von mehr als 90 % hofft. Während er mit einem Referendum noch neun Jahre hätte an der Macht bleiben können, wird seine Amtszeit nach der Wahl fünf Jahre dauern. Das ist vollkommen ausreichend, um einen Nachfolgemechanismus einzuleiten. Was den eigentlichen Wahlkampf angeht, so sehen viele Parteiführer, darunter die der Oppositionsparteien, von einer Teilnahme ab, weil sie bei dem eindeutig vorhersehbaren Sieg des Präsidenten damit nur Zeit verlieren würden. Einige Parteien, beispielsweise die Kommunistische Partei, haben angekündigt, die Wahlen zu boykottieren. Viele Parteichefs ziehen es vor, sich auf die 2012 anstehenden Parlamentswahlen vorzubereiten, bei denen nach den letzten Verfassungsänderungen, die Zahl der Parteien in der unteren Kammer des Parlaments erhöht werden soll. Aktuell ist nur eine, die dem Präsidenten nahe stehende Volkdemokratische Partei Nur Otan, im Parlament vertreten.

Die Referendumsidee hatte für den Präsidenten aber auch ihren Nutzen. Erstens hat er die Initiative zur Verlängerung seiner Amtszeit als Versuchsballon benutzt, um die Reaktion der internationalen Gemeinschaft zu testen, zweitens seine Reputation als Verteidiger der Ver-

fassung gestärkt. Drittens hat er allen Teilnehmern im politischen Raum ein weiteres Mal gezeigt, von wem die strategische Initiative abhängt und schließlich die Initiative über die Durchführung eines Referendums in den vorbereitenden Teil seines Präsidentschaftswahlkampfes umgewandelt.

Doch all diese politischen Spiele sind leider nichts anderes als taktische Instrumente, um die Zeit des Präsidenten an der Macht zu verlängern. Die wichtigste Frage, die vor allem Experten und Politiker beunruhigen sollte, wie das politische System nach Nursultan Nasarbajew aussehen wird, bleibt unbeantwortet. Dabei betrifft sie die langfristige Stabilität des politischen und wirtschaftlichen Systems, an der nicht nur ein großer Teil der kasachstanischen politischen Elite, sondern auch einflussreiche geopolitische Akteure sowie ausländische Investoren interessiert sind. In anderen politischen Systemen sind die Vorgänge nach dem Rückzug des Staatsoberhauptes formell so geregelt, dass dieser nur noch technischen Charakter hat. In Kasachstan, wo das System und seine Institutionen auf eine konkrete Person ausgerichtet wurden, birgt dieser Rückzug aufgrund des hohen Personalisierungsgrads der Macht aber ernsthafte Risiken für das ganze Land. Nach dem Ausscheiden des ersten Präsidenten Kasachstans aus der Politik könnten ernstzunehmende Gefahren für das von ihm geschaffene politische System entstehen.

Gefahren im politischen System

In erster Linie fehlt es in Kasachstan an grundlegenden Institutionen, die die Einbeziehung der Menschen in die Politik sicherstellen würden. Es gibt nicht die Art von Regierung, mit der der Staat die Möglichkeit hätte, eine effektive Funktion und die Reproduktion politischer, wirtschaftlicher, sozialer und anderer Institutionen sicherstellen. Wie auch in anderen postsowjetischen Staaten liegt das eigentliche Problem in der »vorausseilenden Institutionalisierung«. Viele politische und soziale Institutionen stellen lediglich Bezeichnungen und Aushängeschilder dar, ohne eine ernsthafte Rolle im politischen Prozess zu spielen. Es gibt Parteien, aber kein Parteiensystem. Es gibt ein Parlament, aber keine eigenständige Legislative. Es gibt Gerichte, aber keinen Rechtsstaat. Zwar existieren NGOs, aber keine Zivilgesellschaft. Die dominierende Rolle nehmen informelle Machtgruppen ein. Das Problem wird dadurch verschärft, dass sich dieser Befund spiegelbildlich auch in der Durchführung der Wirtschaftspolitik wiederfindet.

Die größte Gefahr besteht darin, dass die vorausseilende Institutionalisierung zur Deformierung der exekutiven Hierarchie geführt hat. Das Wesen dieser Deformierung liegt darin, dass die Stärkung nur eines

Elements des politischen Systems, in unserem Fall der Macht des Präsidenten, nicht die Effektivität des gesamten Systems garantiert. Zudem ist unter den Bedingungen der Dominanz verschiedener Einflussgruppen eine zunehmende Vertiefung der Kluft zwischen Politikern und Verwaltungsangestellten zu beobachten, zwischen der Führung des Landes und den mittleren und niedrigen Ebenen der Exekutive. Eines der überzeugendsten Beispiele ist das Scheitern vieler Regierungsprogramme und -initiativen, deren Realisierung an die unteren Verwaltungsränge delegiert wird. Im Endergebnis wächst nach Angaben des Rechnungshofes mit jedem Jahr nicht nur die nicht zielgerichtete und ineffektive Nutzung von Haushaltsmitteln, die für diese Programme bereitgestellt werden, sondern auch der Umfang der ungenutzten Gelder. Die Gründe dafür liegen auch in der Weigerung vieler Bürokraten, Verantwortung für die oben getroffenen Entscheidungen zu übernehmen. Ergebnis der Deformierung der Exekutive kann versteckte oder offene Sabotage bei der Implementierung verabschiedeter staatlicher Programme sein. Als noch gefährlicher für die Exekutive erweist sich die Verringerung der Loyalität des Verwaltungsapparats gegenüber der Regierung. Für mittlere und niedrige Verwaltungsangestellte hat ein Machtwechsel sowohl negative als auch positive Aspekte. Einerseits wächst das Risiko von Instabilität, andererseits erhöht sich die Chance für einen schnelleren Aufstieg auf der Karriereleiter. Im Falle verringerter Aufstiegsmöglichkeiten und damit verbunden wachsender Enttäuschung können die positiven Aspekte eines Machtwechsels in dieser Gruppe der Staatsangestellten dominieren, besonders, wenn einige einflussreiche, dem Präsidenten nahe stehende Gruppen versuchen, die oberste Macht im Staate zu monopolisieren.

Damit hängt ein dritter verwundbarer Bereich des politischen Systems Kasachstans zusammen. Wie eingangs erwähnt, bedeutet politische Stabilität in Kasachstan zunächst einmal Stabilität der Beziehungen zwischen den politisch einflussreichen Akteuren, die durch ein System der Gewichte und Gegengewichte sowie die Fähigkeit des Präsidenten, die Situation unter Kontrolle zu halten, gesichert wird. Die dem Präsidenten nahe stehenden Gruppen kämpfen dabei vor allem um drei Ressourcen: Einfluss auf den Staatschef, Zugang zur Verteilung von Ressourcen (finanzielle, administrative, informationelle) und, selbstverständlich, eine mögliche Teilnahme am Prozess der Machtnachfolge.

Kein Nachfolger in Sicht

Ungeachtet der neuen Konflikte in der Elite hat der regierende Präsident in den Augen der beteiligten Akteure nach wie vor ein hohes Maß an Legitimität, was wiederum die Wahrscheinlichkeit eines Umsturzes, dessen zu

erwartende Kosten und Nutzen für die Elite nicht klar bestimmbar sind, senkt. Noch bestehen hohe politische und wirtschaftliche Risiken bei schwer vorhersehbaren Ergebnissen. Auf diese Weise ist der Präsident der wichtigste Garant zur Vermeidung eines Umsturzes. Noch ist seine Popularität bei der Bevölkerung hoch, jeder Versuch, ihn zu Fall zu bringen, wird abgewehrt. Dies umso mehr, als bisher keine Figuren aufgetaucht sind, die ernsthaft in Konkurrenz zu Nasarbajew treten könnten. Ein »Aufstand der Elite« ist so lange unmöglich, wie im Rahmen des politischen Systems Kasachstans nicht eine starke Einflussgruppe mit charismatischem Führer an der Spitze auftaucht, die den Staatschef herausfordern könnte. Und das, obwohl einzelne Gruppen inzwischen ein kritisches Potential erreicht haben. Das Niveau dieser Gruppen gemeinsam ist so hoch, dass die oberste Macht zwar die eine oder andere von ihnen liquidieren, auf sie als Ganzes aber nicht entscheidend einwirken kann. Das schließt nicht aus, dass alle wichtigen Elitegruppen sich insgeheim auf die Realisierung des Projekts »Nachfolger« vorbereiten, was einen der Gründe für das anhaltend hohe Konfliktpotential innerhalb der Elite darstellt und zu Zusammenstößen zwischen unterschiedlichen Einflussgruppen führen kann. Im Zuge der anhaltenden Dominanz von oligarchischen Gruppen wird es dem Präsidenten perspektivisch schwer fallen zu entscheiden, auf wen er setzen soll. Mangels Alternativen ist er aber an die oligarchischen Gruppen gebunden. Denn die Parteien sind noch schwach. Nichtregierungsorganisationen bemühen sich, Abstand von der Politik zu halten. Die Sicherheitsstrukturen haben sich schon allein dadurch diskreditiert, dass sie sich in die Konflikte innerhalb der Elite hineinziehen lassen. Der Verwaltungsapparat ist mehr mit zwischenbehördlichen Auseinandersetzungen beschäftigt. Und Akteure aus dem Schattensektor nehmen nach wie vor an, dass sie alles heimlich absprechen, Vollmachten und Unternehmensbereiche untereinander aufteilen können.

Kontrolle der Wirtschaft

Der Präsident versucht weiterhin, durch die Konsolidierung der politischen, ökonomischen und medialen Ressourcen unter dem Dach mehrerer Einrichtungen die Kontrolle über die Elite zu behalten: den Fonds für nationales Wohlergehen »SamrukKasyna« (Staatskonzerne und Banken), die Media-Holding Nur-Media (Presse und Fernsehen), die Graschdanskij Aljans /Bürgerallianz (NGOs), die Pro-Präsidenten-Partei Nur Otan (Parteiensystem) und die nationale Wirtschaftskammer Atameken (mittlere und große Unternehmerschaft).

Auf diese Weise besteht in Kasachstan von Seiten der staatlichen Strukturen ein so genanntes »Schirm-Kontrollsystem« nicht nur im politischen, sondern auch im

wirtschaftlichen Bereich. Allem Anschein nach wurde damit auf das Prinzip der »kontrollierten Anspannung« gesetzt, das es ermöglicht, im Rahmen einer verschärften Kontrolle aller Gesellschaftsbereiche radikale Maßnahmen gegen politische und ökonomische Akteure zu ergreifen.

Dieses Prinzip erlaubt, Ressourcen formal zum Nutzen des Staates umzuverteilen, faktisch gibt es jedoch einzelnen Elitengruppen eine zusätzliche Möglichkeit, den politischen und ökonomischen Raum in ihrem Interesse zu gestalten. Diese Situation ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Struktur der kasachstanischen Wirtschaft von Anfang an unter einer politischen Struktur errichtet wurde und nicht anders herum. Im Ergebnis haben wir es mit einer Form des Korporatismus zu tun, in dem ökonomische und politische Eliten endgültig miteinander verwachsen sind. Unter diesen Bedingungen findet die Entwicklung der kasachstanischen Wirtschaft unter dem Druck von drei Faktoren statt: Orientierung auf Rohstoffe, ungleiche Entwicklung (sowohl regional als auch sektoral) sowie Monopolismus und Fehlen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Insbesondere die strukturelle Monopolisierung einer Reihe von Wirtschaftszweigen hat eine kolossale Konzentration von Eigentum bei einigen Vertretern der Elite mit sich gebracht. Darin liegt ein Risiko, kann doch die Schwächung der Position eines jeden von ihnen zu einer Neuverteilung seines Eigentums führen. Außerdem hat die kasachstanische Praxis gezeigt, dass sich

sehr oft gerade wirtschaftliche Konflikte unter den Eliten in politische Forderungen umwandeln. All die genannten Faktoren: die ungeklärte Frage der Machtübergabe, übermäßige Bürokratie und Korruption, die Zunahme der staatlichen Präsenz in der Wirtschaft, die Dominanz der politischen Elite über die Wirtschaft beim Fehlen effektiver Mechanismen zum Schutz des Eigentums, wirken sich natürlich auch auf das Investitionsklima in Kasachstan aus.

Fazit

Präsident Nasarbajew ist heute wie seit zwanzig Jahren die unangefochtene Führungsfigur Kasachstans. An seiner Wiederwahl besteht kein Zweifel. Die Referendumsinitiative und die vorgezogene Präsidentschaftswahl können aber als Versuch der Elite, sich für die anstehende Nachfolgeregelung zu positionieren, interpretiert werden. Nach seiner Wiederwahl hat der Präsident ausreichend Zeit, sich dieser Frage zu widmen, die unter den gegebenen Bedingungen mit erheblichen Stabilitätsrisiken für das Land verbunden ist. Da im heutigen Kasachstan andere Optionen, wie Parteien, NGOs oder Sicherheitsstrukturen, nicht zur Verfügung stehen, wird er seine Entscheidung mit hoher Wahrscheinlichkeit in Abstimmung mit der oligarchischen Elite und aus ihrem Kreis treffen.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Über die Autoren:

Dosym Satpajew ist Direktor der nichtstaatlichen Beratungsorganisation »Risks Assessment Group« in Almaty und schreibt regelmäßig journalistische und wissenschaftliche Beiträge für kasachstanische und internationale Medien. Tolganay Umbetalijewa ist Direktorin des »Zentralasiatischen Fonds zur Entwicklung der Demokratie« mit Sitz in Almaty.

Der vorliegende Beitrag ist entstanden im Rahmen des Forschungsprojektes »Energiesektor und politische Regimestabilität im Kaspischen Raum«. Das Projekt wird von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen geleitet und von der Volkswagen-Stiftung gefördert. Der Zentralasiatische Fonds zur Entwicklung der Demokratie ist einer der zentralen Projektpartner.

Lesetipps:

- Vladimir Socor, Kazakhstan's Presidential Referendum Scrapped, Pre-Term Election Initiated After Constitutional Verdict, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 8, Issue 22, 1.2.2011, = [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=37441&tx_ttnews\[backPid\]=512](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=37441&tx_ttnews[backPid]=512)
- Joanna Lillis, Kazakhstan: Coup Rumor a Sign of Factional Infighting in Astana, Eurasianet, 7.10.2010, = <http://www.eurasianet.org/node/62106>
- Heidi Kjærnet, Dosym Satpaev and Stina Torjesen, Big Business and High-level Politics in Kazakhstan: An Everlasting Symbiosis?, in: China and Eurasia Forum Quarterly, Volume 6, No. 1 (2008) p. 95–107, herunterzuladen von: <http://www.chinaeurasia.org/archive/47-2008/90-volume-6-no-1-2008.html>

Wahl- und Umfrageergebnisse aus Kasachstan 2005–2010

Grafik 1: Ergebnisse der Präsidentenwahl im Dezember 2005 (in %)

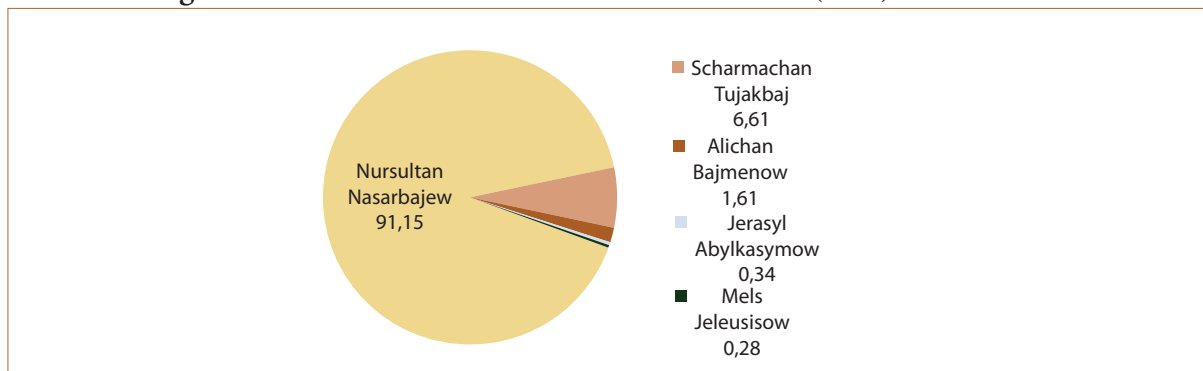


Tabelle 1: Ergebnisse der Präsidentenwahl im Dezember 2005

Kandidat	abgegebene Stimmen	in Prozent
Nursultan Nasarbajew	6.147.517	91,15
Scharmachan Tujakbaj	445.934	6,61
Alichan Bajmenow	108.730	1,61
Jerasyly Abylkasymow	23.252	0,34
Mels Jeleusisow	18.834	0,28

Wahlbeteiligung: 76,78%

Quelle: Zentrale Wahlkommission der RK, http://election.kz/portal/page?_pageid=153,75183&_dad=portal&_schema=PORTAL

Grafik 2: Ergebnisse der Parlamentswahl im August 2007 (in %)

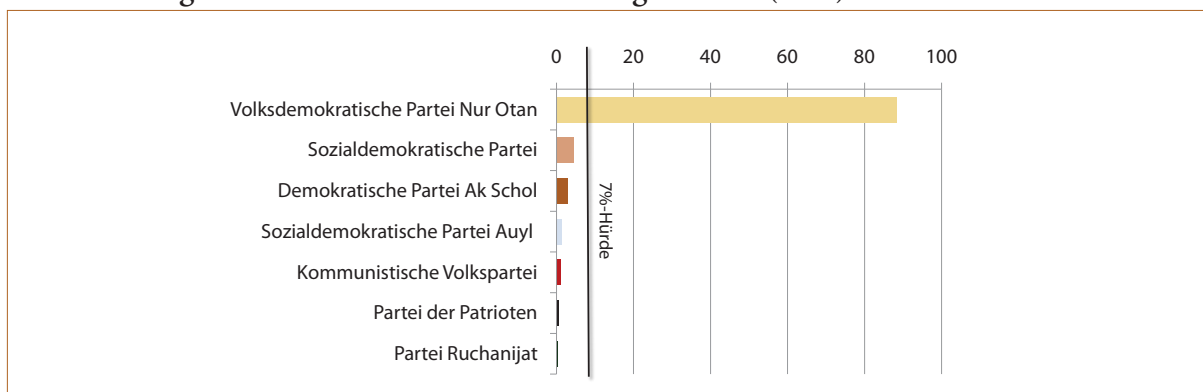
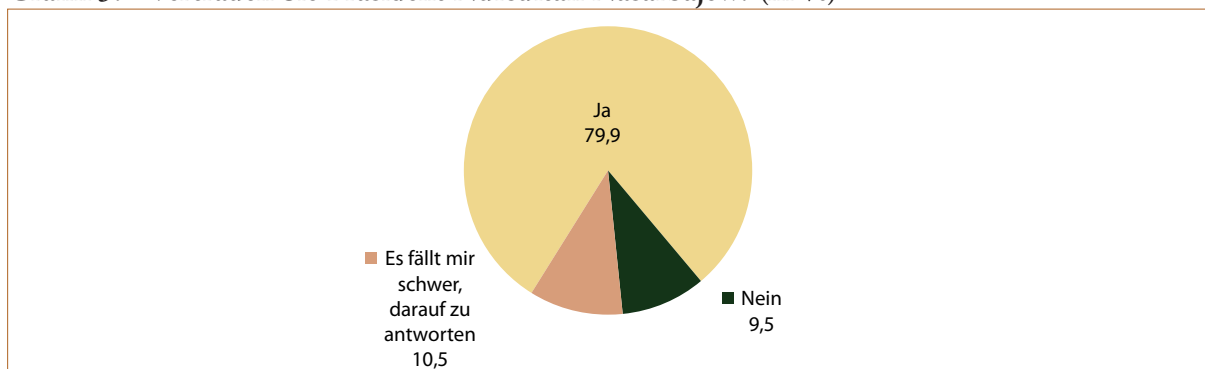


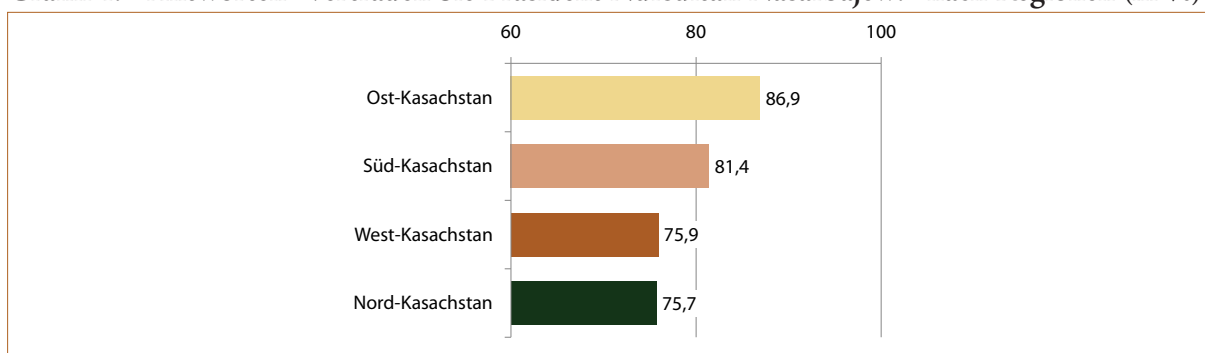
Tabelle 2: Ergebnisse der Parlamentswahl im August 2007

Partei	in Prozent	Sitze
Volksdemokratische Partei Nur Otan	88,41	98
Sozialdemokratische Partei	4,54	0
Demokratische Partei Ak Schol	3,09	0
Sozialdemokratische Partei Auyl	1,51	0
Kommunistische Volkspartei	1,29	0
Partei der Patrioten	0,78	0
Partei Ruchanijat	0,37	0

Quelle: Zentrale Wahlkommission der RK, http://election.kz/portal/page?_pageid=153,511661&_dad=portal&_schema=PORTAL

Grafik 3: Vertrauen Sie Präsident Nursultan Nasarbajew? (in %)

Quelle: Umfrage des Institut polititscheskich reschenii im September 2010, publiziert unter:
http://www.interfax.kz/?lang=rus&int_id=10&news_id=5668

Grafik 4: Antworten »Vertrauen Sie Präsident Nursultan Nasarbajew?« nach Regionen (in %)

Quelle: Umfrage des Institut polititscheskich reschenii im September 2010, publiziert unter:
http://www.interfax.kz/?lang=rus&int_id=10&news_id=5668

DOKUMENTATION

Verfassungsgesetz über den Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – Führer der Nation

14. Juni 2010

[...]

Artikel 1. Status und Vollmachten des Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – des Führers der Nation

[...]

Der erste Präsident der Republik Kasachstan, der am Anfang der Schaffung der kasachstanischen Staatlichkeit stand und einen positiven Beitrag zur Entwicklung des souveränen Kasachstan zum demokratischen, weltlichen Rechts- und Sozialstaat geleistet hat, wird Führer der Nation.

Für den Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – Führer der Nation gilt die Begrenzung des Rechts, zum Präsidenten der Republik Kasachstan gewählt zu werden, nicht.

Dem Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – Führer der Nation werden aufgrund seiner historischen Mission für die Dauer seines Lebens folgende Rechte zugebilligt:

1. sich mit Initiativen über die wichtigsten Fragen des Staatsaufbaus, der Innen- und Außenpolitik sowie der Sicherheit des Staates an das Volk Kasachstans, die Staatsorgane und Beamten zu wenden, die von den entsprechenden Staatsorganen und Beamten unbedingt bearbeitet werden müssen;
2. im Parlament der Republik Kasachstan und in seinen Kammern sowie bei Regierungssitzungen während der Erörterung von für das Land wichtigen Fragen aufzutreten; den Vorsitz der Versammlung des Volkes Kasachstans zu führen; Mitglied des Verfassungsrats sowie des Sicherheitsrats der Republik Kasachstan zu sein.

In Vorbereitung befindliche Initiativen über grundlegende Richtungen der Innen- und Außenpolitik sind mit dem Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – Führer der Nation abzustimmen.

[...]

Artikel 3. Immunität des Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – Führer der Nation

Der Erste Präsident der Republik Kasachstan – Führer der Nation besitzt Immunität. Er kann nicht für Handlungen, die er während seiner Amtszeit als Präsident der Republik Kasachstan sowie nach ihrem Ende, wenn sie mit der Wahrnehmung seines Status als Erster Präsident der Republik Kasachstan – Führer der Nation zusammen hängen, zur Verantwortung gezogen werden. Er kann nicht festgenommen, inhaftiert, durchsucht oder verhört werden.

Die Unantastbarkeit des Eigentums erstreckt sich auf dem gesamten rechtlich privaten Besitz des Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – Führer der Nation sowie die mit ihm zusammen lebenden Mitglieder seiner Familie, und auch auf die von ihnen genutzten Wohn- und Dienstgebäude, Dienstwagen, Kommunikationsmittel, den Schriftverkehr und die ihnen gehörenden Unterlagen.

[...]

Das Bankgeheimnis sowie die Unantastbarkeit der Bankkonten des Ersten Präsidenten der Republik Kasachstan – Führer der Nation und der mit ihm zusammen lebenden Familienmitglieder wird garantiert.

[...]

Aus dem Russischen von Margarethe Waldt

Quelle: http://www.akorda.kz/ru/official_documents/constitutional_laws/o_pervom_prezidente_respubliki_kazahstan__lidere_natsii

Ansprache des Staatsoberhauptes an das Volk Kasachstans, 31. Januar 2011 (mit der Ankündigung von Neuwahlen anstelle eines Referendums zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten)

[...]

Es gibt für mich keine höhere Auszeichnung als die Unterstützung meines Volkes.

Ich bin davon überzeugt, dass die Urheber des Referendums, als sie die Initiative begannen, nicht nur die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten um zehn Jahre im Blick hatten, sondern auch die Fortsetzung des Kurses zum Gedeihen des Landes und des Volkes und der Stärkung von Stabilität und Eintracht in der Gesellschaft.

Einerseits kann ich eine von der überwiegenden Mehrheit der Wähler unterstützte Volksinitiative nicht ablehnen.

Aber andererseits kann ich als Präsident und Garant der Verfassung nicht einen Präzedenzfall schaffen, der falsche Orientierungspunkte für kommende Politikergenerationen vorgeben würde.

Ich hoffe, dass das Volk mich richtig versteht.

Ich schlage vor, dass wir alle die Situation nicht als »Annahme oder Ablehnung« betrachten, sondern als eine historische Lektion in Demokratie, die uns das Leben selbst lehrt.

Das ist eine Lektion, die den Präsidenten und das Volk auf ihre Verfassungstreue überprüft.

Ausschließlich von den höchsten Interessen des Landes geleitet, habe ich als Erster demokratisch gewählter Präsident die Entscheidung getroffen, das Referendum nicht durchzuführen.

Anstelle der uns trennenden Entscheidung zwischen »entweder Referendum oder Wahlen« schlage ich eine uns alle einigende Formel vor, die den Willen unseres Volkes und die Treue zu demokratischen Prinzipien berücksichtigt.

Ungeachtet der Tatsache, dass sich meine Amtszeit dadurch um fast zwei Jahre verringert, schlage ich vor, vorgezogene Präsidentschaftswahlen durchzuführen.

[...]

Aus dem Russischen von Margarethe Waldt

Quelle: http://www.akorda.kz/ru/speeches/addresses_congratulations/obraschenie_glavy_gosudarstva_k_narodu_kazahstana_31012011g

Kirgistan: Verunsichert und unzufrieden

Die Ergebnisse einer Meinungsumfrage im Mai 2010

Kirgistan ist der zentralasiatische Staat mit dem bewegtesten politischen Leben und der aktivsten Bevölkerung, die Stabilität der Hochgebirgsrepublik scheint keineswegs sicher. Gerne wüsste man, wie seine Bürger über die Tätigkeit ihrer ersten Koalitionsregierung, über die vielen Erscheinungen schwacher Staatlichkeit vor allem aber über die gewalttätigen Ereignisse von Osch im Juni letzten Jahres sowie den nicht nur von Usbeken beklagten wachsenden kirgisischen Nationalismus denken. Methodologisch einwandfreie Meinungsumfragen sind in Zentralasien aber rar. Deshalb können wir Ihnen diese Fragen (noch) nicht beantworten. Die im Folgenden in Auszügen dargestellte Meinungsumfrage wurde schon vor zehn Monaten, vom 11.–25. Mai 2010, von SIAR Bishkek im Auftrag von IRI und Baltic Surveys Ltd./The Gallup Organization durchgeführt, aber erst Ende Januar 2011 publiziert. Wir haben uns entschlossen Ihnen die wichtigsten Ergebnisse hier vorzustellen. Vielleicht können sie helfen, die Ereignisse im Süden Kirgistans, aber auch Wahlentscheidungen u. ä. besser einzuordnen.

Zur Erinnerung: Am 7. April 2010 war Kurmanbek Bakijew nach gewalttätigen Unruhen aus Bischkek geflüchtet, konnte aber erst am 15. April zum Rücktritt und Verlassen des Landes überredet werden. Rosa Otunbajewa wurde Übergangspräsidentin und hatte eine Interimsregierung aus Vertretern verschiedener Oppositionsparteien eingesetzt, die sich mit unterschiedlichem Erfolg bemühten, wieder so etwas wie die Staatsmacht im ganzen Land zu etablieren. Die neue, parlamentarische Verfassung war zum Zeitpunkt der Umfrage bereits der Öffentlichkeit vorgestellt worden, das Referendum über ihre Annahme schon terminiert auf den 27. Juni 2010. Übergangspräsidentin und -regierung hatten aber große Mühe, den brüchigen inneren Frieden zu erhalten und die Staatsmacht wieder in allen Gebieten durchzusetzen. Zum Zeitpunkt der Befragung herrschten noch im ganzen Land Unruhe und Unsicherheit, vor allem natürlich im Süden. Anhänger und Familienmitglieder des vertriebenen Präsidenten wollten die neu geschaffenen Tatsachen nicht akzeptieren, in Osch und Dschalalabad gab es mehrfach größere gewalttätige Ausschreitungen. Aber auch im Norden kam es immer wieder zu großen und kleinen Demonstrationen gegen Entscheidungen der Regierung, als Ausdruck ökonomischer Unzufriedenheit etc. Im Süden waren vereinzelt Usbeken angegriffen worden und sie hatten, weil sie sich vom Staat nicht geschützt fühlten, eine Bürgerwehr gebildet, es gab aber offenbar keine allseits sichtbaren Anzeichen für das, was sich dann in Osch ereignete.

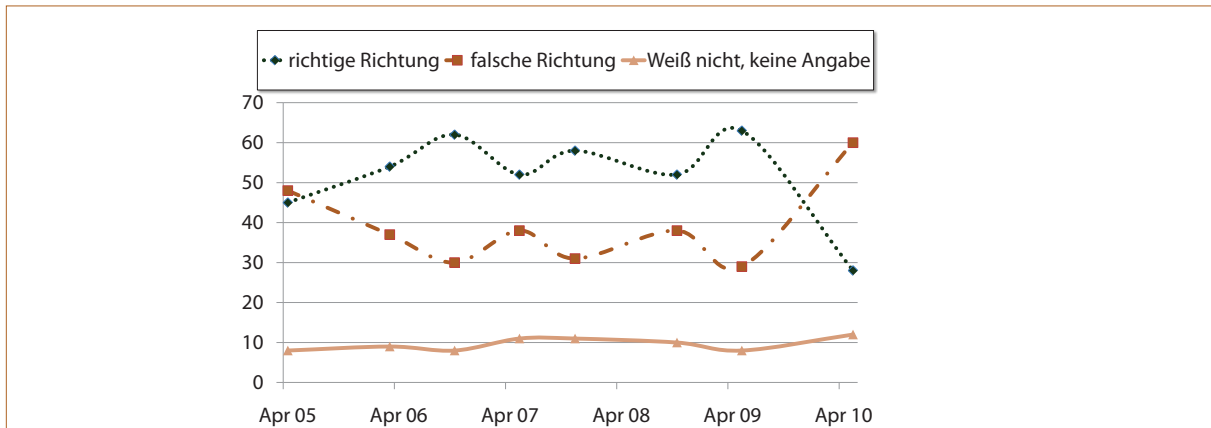
Bei den Ergebnissen 2010 erscheinen einige Veränderungen im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage vom Mai 2009 bemerkenswert (siehe *Zentralasien-Analysen* 19–20, 2009, S. 26–33). Im Mai 2009 war eine große und im Vergleich zu den Vorjahren steigende Zahl von Befragten der Meinung gewesen, dass die Entwicklung Kirgistans in die richtige Richtung geht und der Stand der Demokratisierung zufriedenstellend sei. Im Mai 2010, d. h. nach dem Sturz des nach westlichen Maßstäben autoritären Präsidenten, sieht die Mehrheit Kirgistan auf dem falschen Weg und ist mit der Entwicklung der Demokratie unzufrieden. Dieses für uns erstaunliche Urteil ist sicherlich auf Verunsicherung und Angst zurückzuführen, sie dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass die Mehrzahl der Bürger Kirgistans und damit auch der Befragten im Süden des Landes lebt, der Heimat des Ex-Präsidenten. Darauf deutet auch die regionale Verteilung der Antworten hin. Richtige Entwicklung und vor allem Demokratie wird also offensichtlich auf der Basis regionaler Herkunft bewertet und nicht nach übergeordneten staatlichen Entwicklungen oder Möglichkeiten der tatsächlichen politischen Teilhabe. Von einer nationalen Einheit aller Kirgisen ist (noch) nichts zu sehen.

Bei der Umfrage wurden, wie bei den vorangegangenen, 1500 Personen über 18 Jahren in allen Regionen Kirgistans befragt. Sie ist bezüglich Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Religion repräsentativ, in der ethnischen sowie der Stadt-Land- und Nord-Süd-Verteilung entspricht sie den Verhältnissen weitgehend.

Beate Eschment

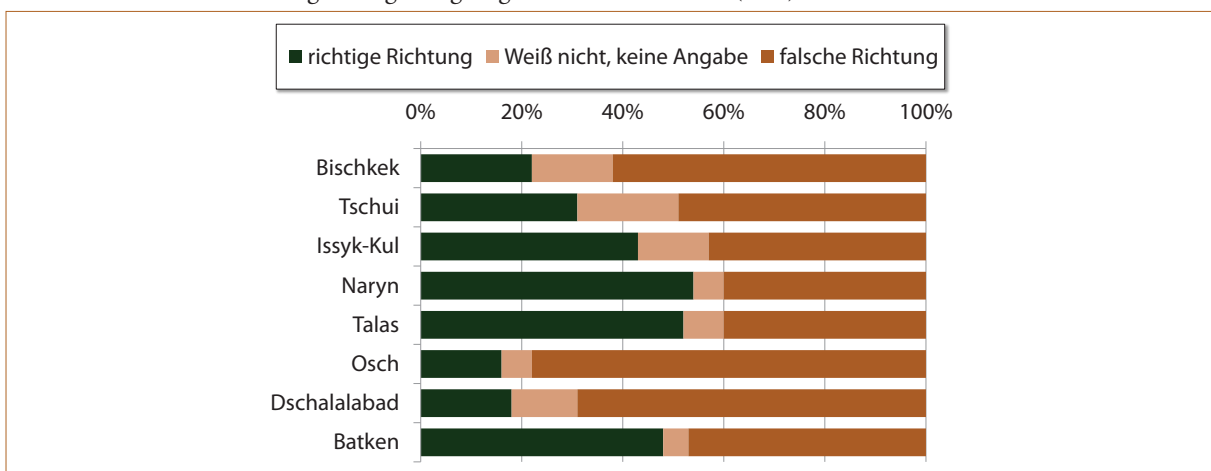
Allgemeine Stimmung im Land

Grafik 1: Die Entwicklung in Kirgistan geht grundsätzlich in die ... (in %)



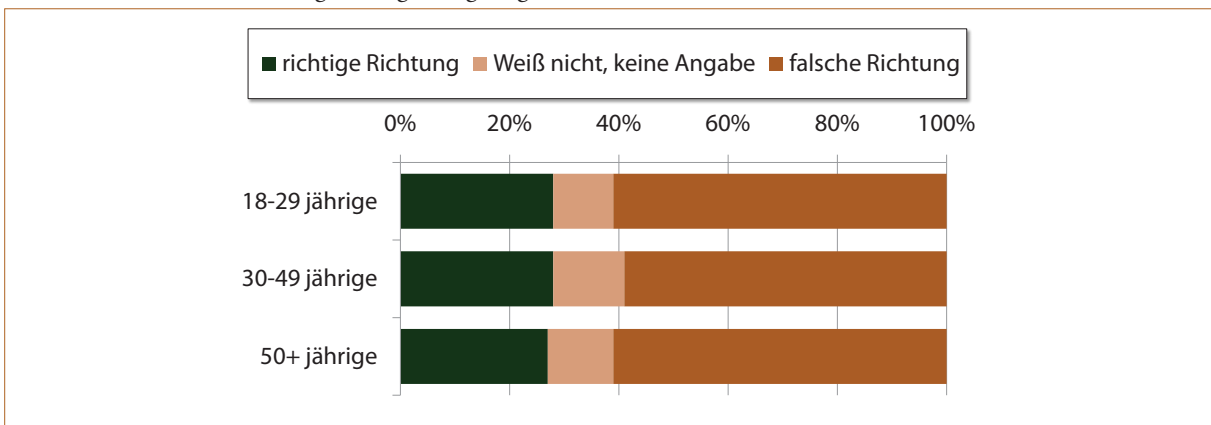
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 4, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

Grafik 2: Die Entwicklung in Kirgistan geht grundsätzlich in die ... (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 5, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

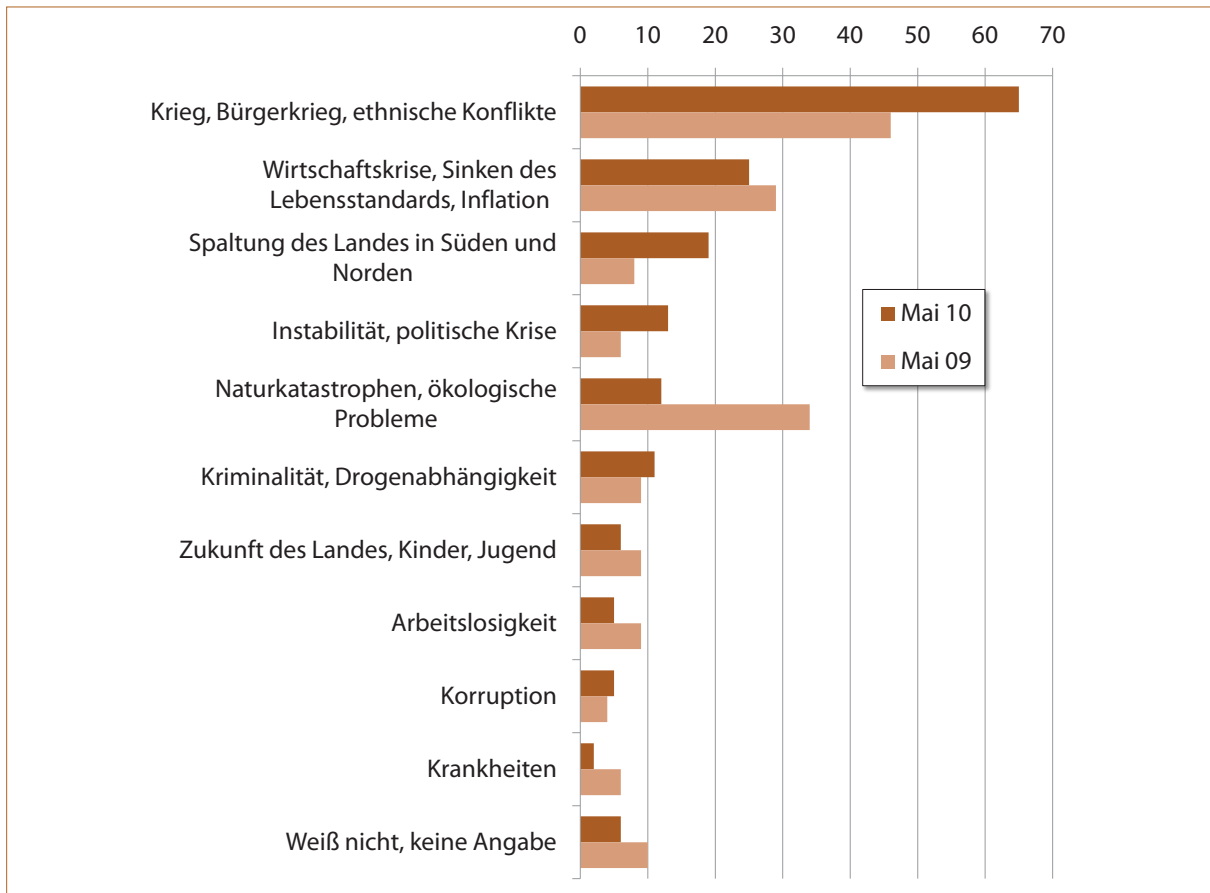
Grafik 3: Die Entwicklung in Kirgistan geht grundsätzlich in die ... (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 6, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

Ängste, Probleme und Proteste

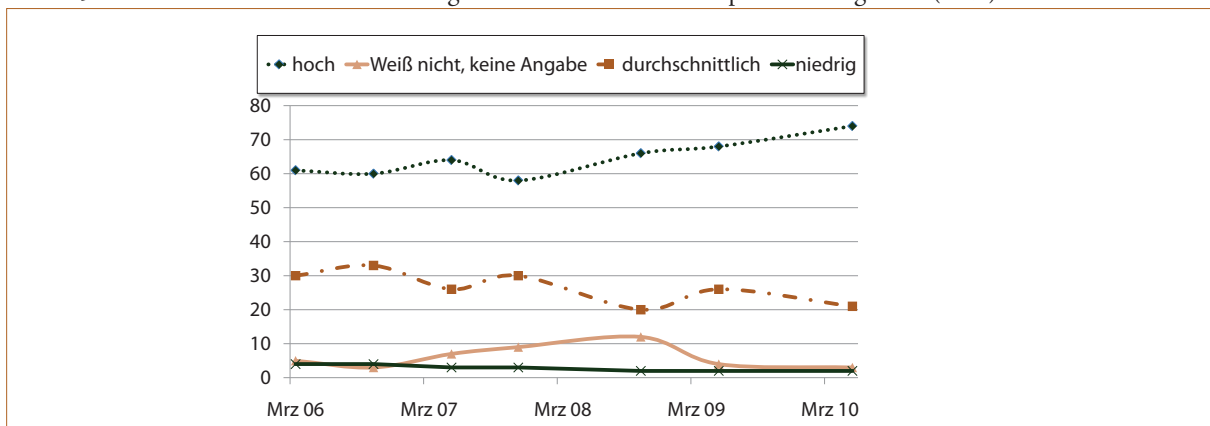
Grafik 4: Wenn Sie an die Zukunft Ihres Landes denken, wovor haben Sie am meisten Angst? (drei Antworten erlaubt, in %)



Anmerkung der Redaktion: Nur Antworten über 5 % genannt

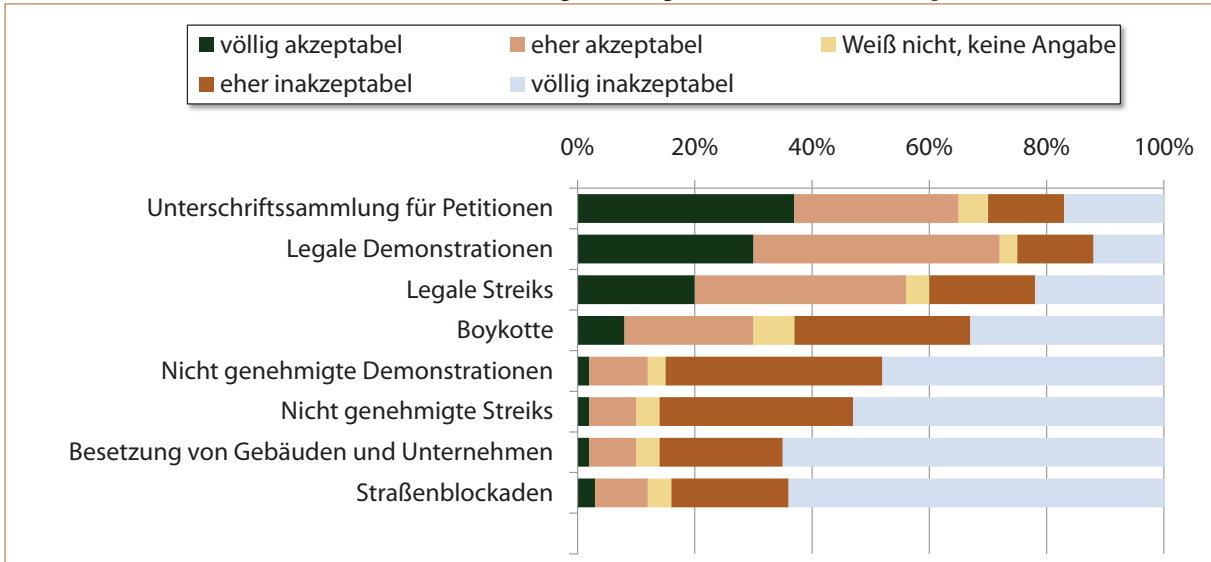
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 33–34, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

Grafik 5: Wie hoch ist Ihrer Auffassung nach das Level der Korruption in Kirgistan? (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 56, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

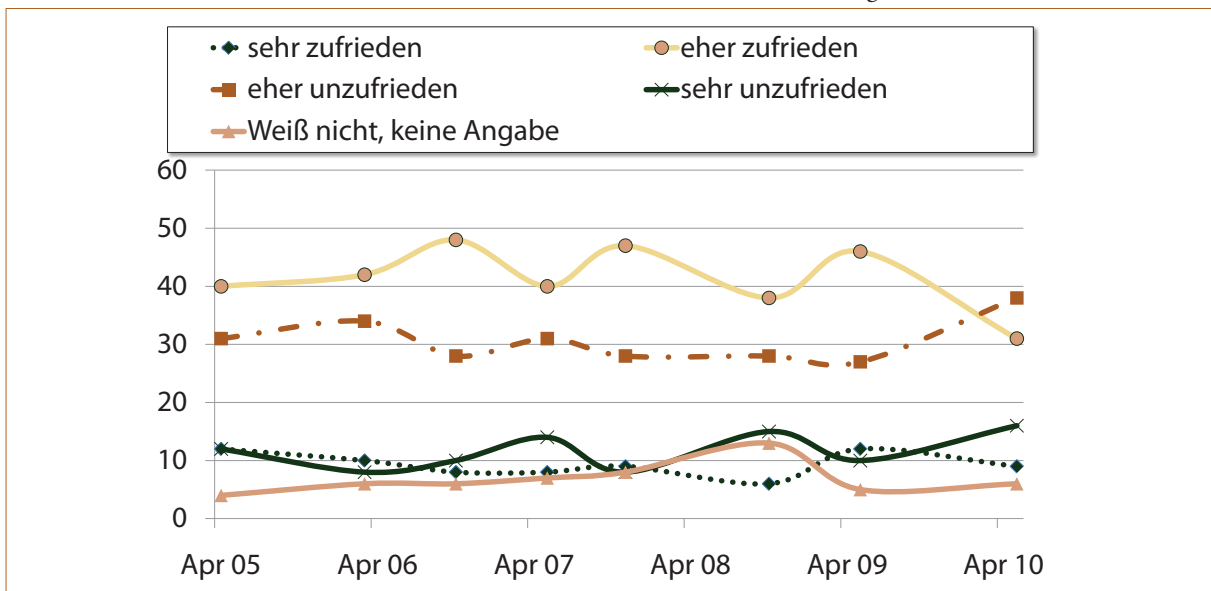
Grafik 6: In welchem Ausmaß sind Ihrer Meinung nach folgende Protestformen akzeptabel? (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 61, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

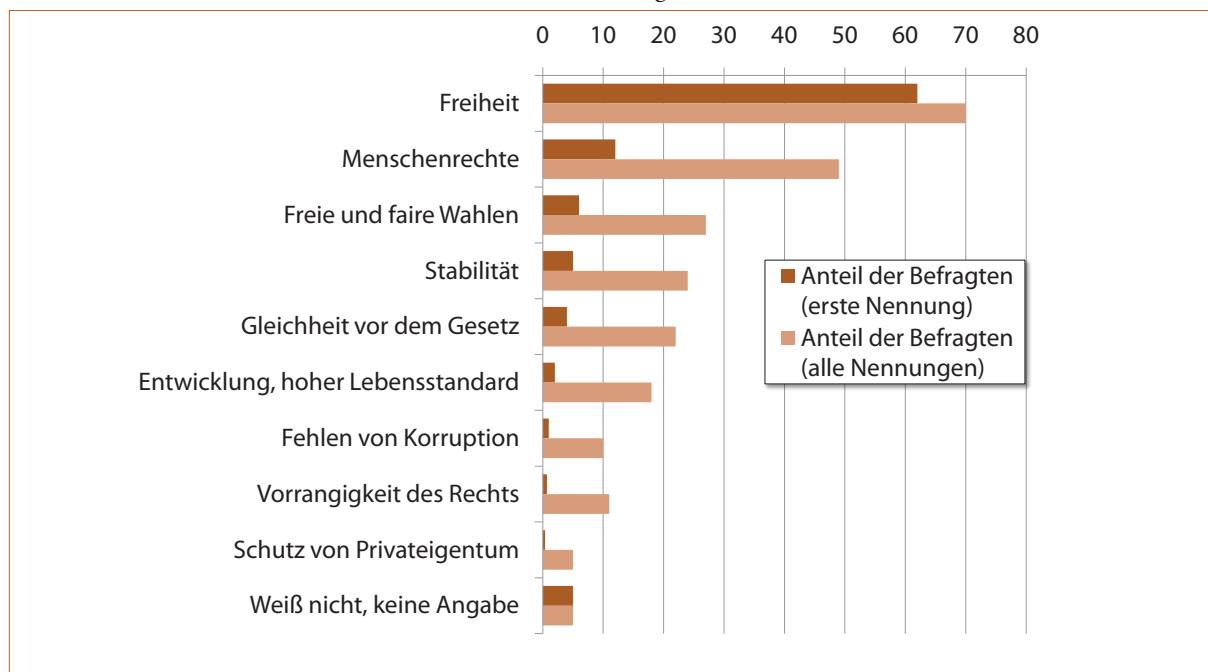
Verhältnis zur Demokratie

Grafik 7: Wie zufrieden sind Sie mit der Art, in der sich die Demokratie in Kirgistan entwickelt? (in %)



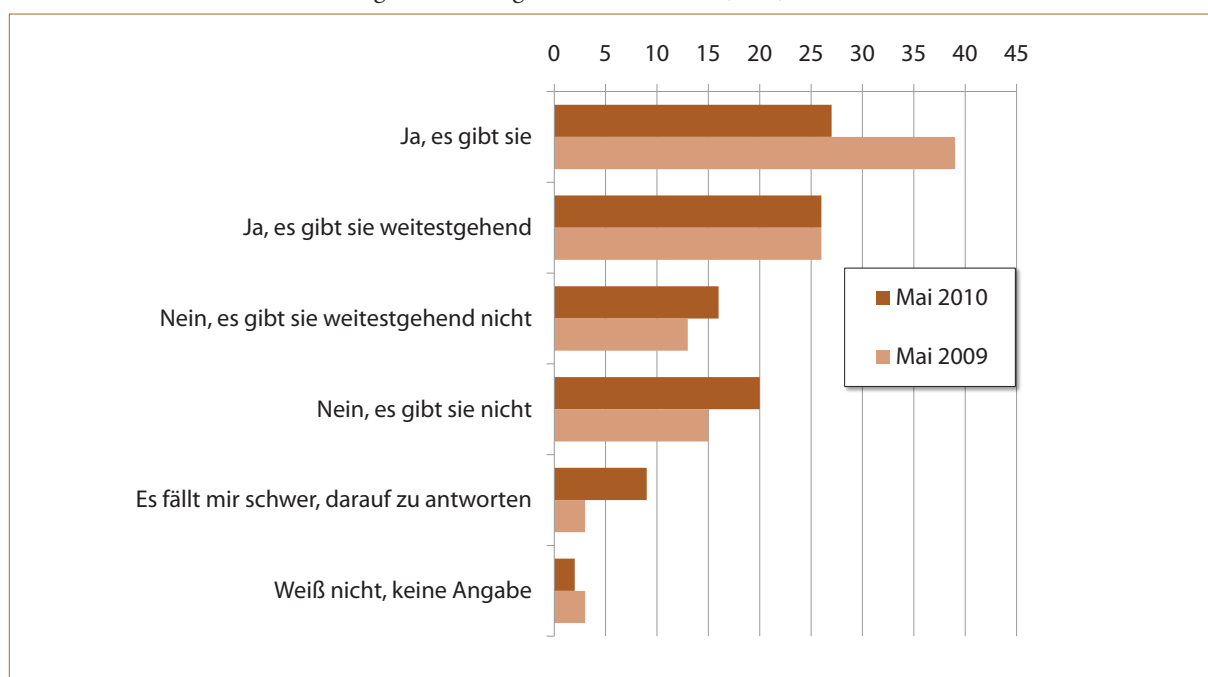
Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 7, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

Grafik 8: Was bedeutet Demokratie für Sie? (drei Nennungen erlaubt) (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 9, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

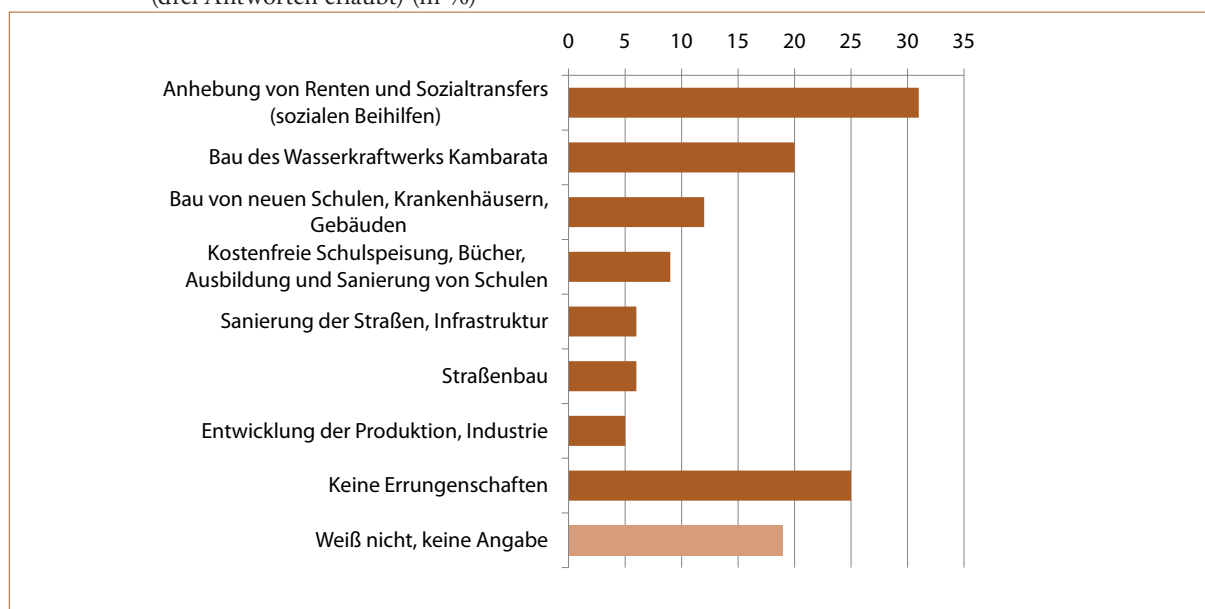
Grafik 9: Gibt es Ihrer Meinung nach in Kirgistan Demokratie? (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 10, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

Bewertung der Regierung Kurmanbek Bakijews

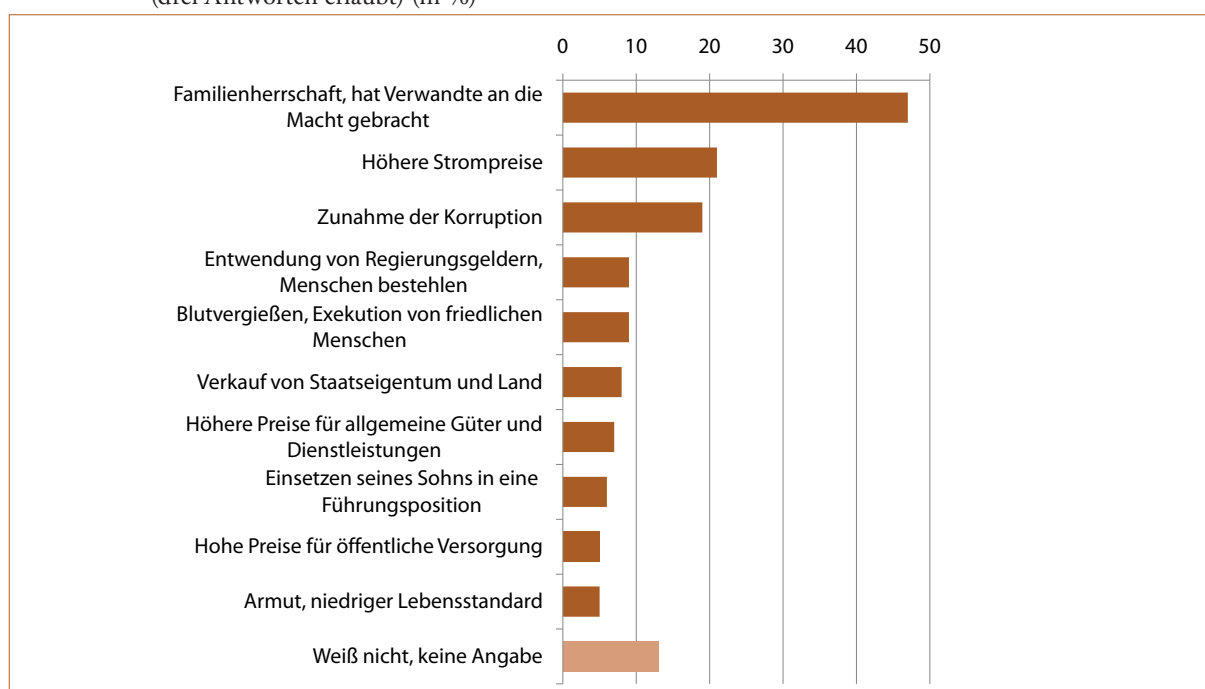
Grafik 10: Was waren die größten Erfolge der Regierung Kurmanbek Bakijews?
(drei Antworten erlaubt) (in %)



Anmerkung der Redaktion: Nur Antworten über 5 % genannt

Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 28, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

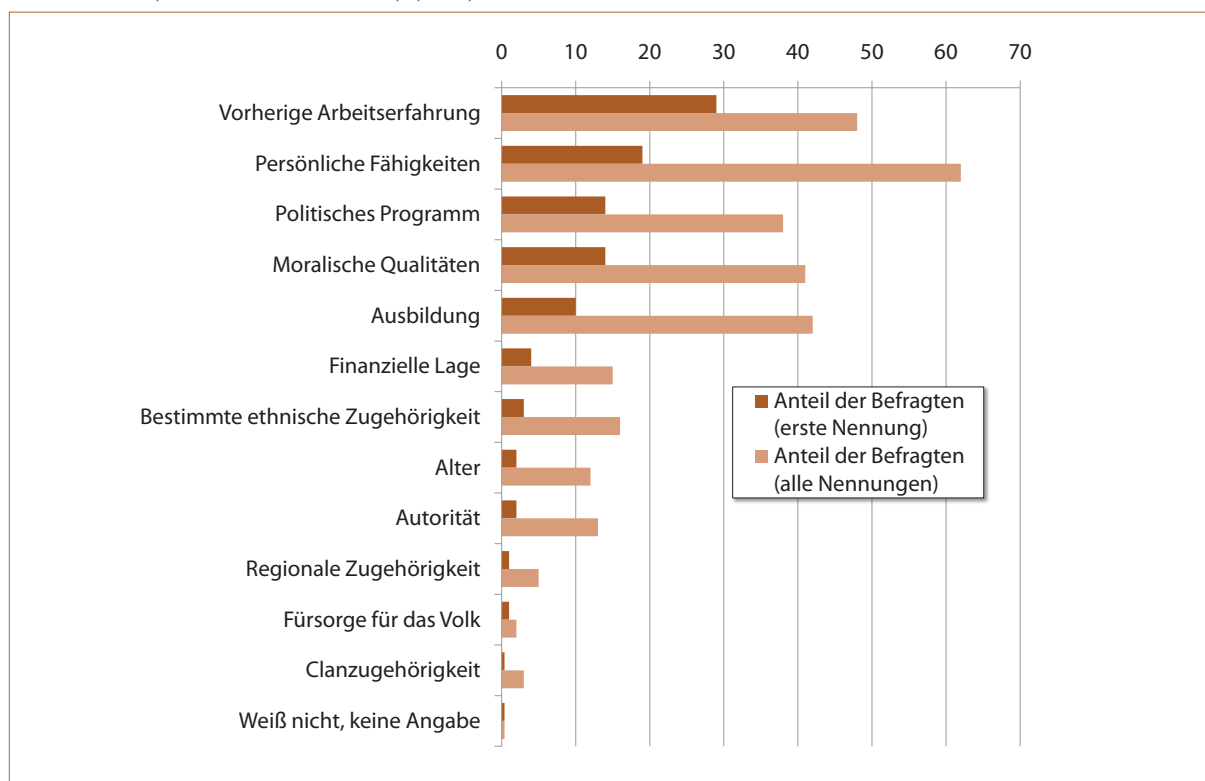
Grafik 11: Was waren die größten Fehler der Regierung Kurmanbek Bakijews?
(drei Antworten erlaubt) (in %)



Anmerkung der Redaktion: Nur Antworten über 5 % genannt

Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 31, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

Grafik 12: Was sind die wichtigsten Eigenschaften, die der Präsident von Kirgistan besitzen sollte? (drei Antworten erlaubt) (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des International Republican Institute vom 11.–25. Mai 2010, S. 38, herunterzuladen von <http://www.iri.org/news-events-press-center/news/iri-releases-survey-kyrgyzstan-public-opinion>

CHRONIK

Vom 19. Februar bis zum 18. März 2011

Kasachstan

19.2.2011	Das Oberste Gericht weist die Klage von Ualichan Kaisarow gegen das ungenügende Ergebnis seines für die Kandidatur bei der Präsidentenwahl erforderlichen Sprachtests als politisch motiviert, ab.
19.2.2011	Denis Dschiwaga, Mitarbeiter des Büros für Menschenrechte, kündigt weitere Schritte gegen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, 29 usbekische Flüchtlinge nach Usbekistan abzuschicken, an. Ein Gericht von Almaty hatte die Berufung der Flüchtlinge gegen die Verweigerung des Flüchtlingsstatus abgewiesen, meldet Fergananeews.com.
21.2.2011	Die Regierung stellt mehr als 4,7 Mrd. Tenge (ca. 32 Mio. US-Dollar) für die außerordentlichen Präsidentschaftswahlen bereit, teilt der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Kuandyk Turgankulow, mit.
21.2.2011	Gani Kasymow, Senator und Anwärter für die Präsidentschaftswahl, hat nach Angaben des Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Turgankulow, die obligatorische Sprachprüfung bestanden, indem er ein Lied in kasachischer Sprache vorgetragen hat.
22.2.2011	Nach Angaben des Vorsitzenden der Nationalbank, Grigorij Martschenko, war die Inflationsrate im Januar 2011 mit 1,7 % die höchste seit zehn Jahren. Dies sei vor allem den gestiegenen Lebensmittelpreisen geschuldet.
22.2.2011	Premierminister Karim Massimow erteilt bei einer Regierungssitzung den Auftrag, die Geschwindigkeit des Internets in Kasachstan so zu erhöhen, dass die USA überholt und der Wert Südkoreas (16 Mbit/Sek.) nahe sei. Dies sei nicht weniger wichtig als Straßenbau und Trinkwasserversorgung.
22.2.2011	Präsident Nursultan Nasarbajew hält sich zu einem offiziellen Staatsbesuch in China auf. Beiden Staaten vereinbaren eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, u. a. im Energiesektor (einschließlich Atomkraft). Der Warenumsatz zwischen Kasachstan und China betrug im Jahr 2010 20 Mrd. US-Dollar.
22.2.2011	In Almaty werden Flugblätter in Briefkästen gefunden, die die Situation in Kasachstan mit der in Ägypten vergleichen, meldet eurasianet.org. Die Urheber sind nicht bekannt.
22.2.2011	Der Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur Salim Oten fordert, Präsident Nasarbajew von der Wahl auszuschließen, weil er in Verletzung des Wahlgesetzes vorzeitigem Wahlkampf betrieben habe.
22.2.2011	Premierminister Massimow erklärt in einem Interview mit Radio Echo Moskwy, dass die Ereignisse in Ägypten und Tunesien die Regierung Kasachstans dazu bringen, über die eigene Innenpolitik nachzudenken.
23.2.2011	Der Vorsitzende des Antikorruptionskomitees, Schaksybyl Basilbajew, sowie Kurmangasy Rachmetow, Aktivist der Bewegung Scheltoksan, werden von der Zentralen Wahlkommission nach Bestehen des obligatorischen Sprachtests als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen zugelassen.
23.2.2011	Der Führer der Union der Muslime Kasachstans, Murat Telibekow, ist nicht zum obligatorischen Sprachtest erschienen, meldet der Vorsitzende der Sprachkommission, Myrsataj Scholdasbekow.
24.2.2011	Bei einer Wehrübung sterben zwei Personen durch einen Minenunfall, zwei weitere werden schwer verletzt.
24.2.2011	Serik Sapargali wird zu den Präsidentschaftswahlen zugelassen, meldet die Zentrale Wahlkommission. Sapargali hatte einen Tag zuvor den obligatorischen Sprachtest bestanden.
24.2.2011	Eine Delegation des Verteidigungsministeriums führt in Israel Gespräche über den Abschluss eines Abkommens über den gegenseitigen Schutz geheimer Informationen, meldet IzRus.
25.2.2011	Der Staatsfonds Samruk-Kasyna bekommt als Folge des Nasarbajew-Besuchs in China Kredite in Gesamthöhe von 2 Mrd. US-Dollar für Projekte der Eurasian Natural Resources Corporation, teilt der Vorsitzende des Fonds, Kairat Kelimbetow, mit.
25.2.2011	In ganz Kasachstan werden 156 Verurteilte im Rahmen der Maßnahmen zur Humanisierung der Strafgesetzgebung freigelassen. Weitere etwas 5.000 Personen sind von Haft erleichterungen betroffen, teilt das Justizministerium mit.
25.2.2011	Der Chef des OSZE-Zentrums in Astana, Aleksandr Keltschewskij, äußert auf einer Konferenz zur Unabhängigkeit der Judikative in Astana seine Besorgnis darüber, dass die Bürger Kasachstans dem Rechtssystem nicht vertrauen.
25.2.2011	Die oppositionelle Partei Asat will bei den bevorstehenden Wahlen Vertreter in die Wahlkommissionen aller Ebenen entsenden, teilt Parteimitglied Petr Swoik mit.
25.2.2011	Die Zentrale Wahlkommission ordnet an, dass alle öffentlichen Darstellungen von Präsident Nasarbajew entfernt werden müssen. Der Wahlkampf beginne erst am 3. März, teilt der Vorsitzende der Wahlkommission von Almaty, Adil Dschunusow, mit.
25.2.2011	Laut einer von der Präsidenten-Partei Nur Otan in Auftrag gegebenen Umfrage befürworten 93,3 % der Befragten die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen.

26.2.2011	Der Kandidat der Kommunistischen Volkspartei, Schambyl Achmatbekow, wird von der Zentralen Wahlkommission offiziell für die Präsidentschaftswahl registriert. Er hat bisher als einziger neben Präsident Nasarbajew mit 96.000 Unterschriften aus allen 15 Regionen Kasachstans auch die erforderliche Unterschriftenzahl erreicht.
27.2.2011	KazMunaiGas dementiert Gerüchte, die Raffinerie in Pawlodar würde nach 2014 geschlossen. 2014 endet das Abkommen über zollfreie Lieferungen von russischem Mineralöl an die Fabrik.
28.2.2011	Der amtierende OSZE-Vorsitzende und litaurische Außenminister, Audronius Adzubalis, trifft mit Präsident Nasarbajew zu Gesprächen über die Zusammenarbeit zwischen OSZE und Kasachstan sowie den Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO zusammen.
1.3.2011	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hilft mit einem Kredit von 3,1 Mrd. Tenge (21.287.700 US-Dollar) bei der Modernisierung des Energieerzeugers AES Sogrinsk CHP.
1.3.2011	Kanat Turageldijew zieht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurück, weil er in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht die erforderliche Zahl von Unterschriften zu seiner Unterstützung sammeln kann.
1.3.2011	Der Vorsitzende des Antikorrupsionskomitees, Schaksybyl Basiljew, zieht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen zurück und ruft zu Wahlboykott oder Stimmabgabe gegen Nasarbajew auf.
2.3.2011	Präsident Nasarbajew führt in einem Interview, die Ereignisse in Ägypten und anderen arabischen Staaten auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zurück.
2.3.2011	Präsidentschaftskandidat Musagali Duambekow zieht seine Kandidatur zurück, nachdem seine Unterstützer sich nach ihrer Unterschrift für ihn durch staatliche Kontrollen bedroht fühlen.
2.3.2011	Der Minister für Bildung und Wissenschaft, Mechetkali Sarybekow, teilt mit, dass es in Kasachstan keine gesetzliche Einschränkung für das Tragen des Hidschab gibt. Es sei auch keine gesetzliche Änderung geplant.
3.3.2011	Die Zentrale Wahlkommission gibt offiziell bekannt, dass mit Nursultan Nasarbajew (Nur Otan), Gani Kasymow (Partei der Patrioten Kasachstans), Schambyl Achmatbekow (Kommunistische Volkspartei) sowie Mels Jeleusisow (Ökologische Bewegung Tabigat) vier Kandidaten letztlich für die Präsidentschaftswahl registriert seien. Für sie beginnt nun der Wahlkampf.
4.3.2011	Auf einer neuen Website www.elbasy.net wird gefordert, Präsident Nasarbajew solle in Rente gehen und einer neuen Generation Platz schaffen.
5.3.2011	Bürger Kasachstans können im Rahmen des IPO-Programms (Initial Public Offering) Anteile an der Mineralöl- und Erdgasfirma KazMunaiGas erwerben, teilt Präsident Nasarbajew bei einem Kongress mit.
9.3.2011	Ein Vertreter des Außenministeriums dementiert Gerüchte über geheime Verträge über die Verpachtung kasachstanischen Landes an China.
9.3.2011	Eine Reihe der bekanntesten kasachstanischen Popstars hat einen gemeinsamen Song zur Unterstützung Präsident Nasarbajews bei den Präsidentschaftswahlen aufgenommen, meldet RFE/RL.
10.3.2011	Der Minister für Landwirtschaft, Akylbek Kurischbajew teilt mit, dass für die Finanzierung der Aussaat 78 Mrd. Tenge (US-Dollar) bereitgestellt werden.
10.3.2011	Das Privatvermögen des aus Kasachstan stammenden Oligarchen und Mitbegründers der Eurasian Natural Resources Corp., Aleksandr Matschkewitsch, beträgt nach Angaben der neuesten Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt 3,7 Mrd. US-Dollar, damit steht er auf Platz 297 der Liste.
11.3.2011	Kasachstan sendet 5.000 t Reis als humanitäre Hilfe nach Afghanistan.
11.3.2011	In Kasachstan beginnt ein EU-Projekt zur Entwicklung der öffentlich-privaten Partnerschaft, meldet das Ministerium für Wirtschaftsentwicklung und Handel.
11.3.2011	Laut einer Meldung der Agentur für Statistik betrug das monatliche Durchschnittseinkommen im Januar 2011 77.464 Tenge (ca. 530 US-Dollar) und ist damit gegenüber Januar 2010 um 16,2% gestiegen.
11.3.2011	Präsidentschaftskandidat Mels Jeleusisow bedauert auf einer Pressekonferenz den Wahlboykott der Oppositionsparteien. Ihre Beteiligung hätte die Wahlen lebendiger gemacht.
11.3.2011	Präsident Nasarbajew spricht sich gegen das Tragen von Hidschab und Parandschi aus, insbesondere bei Studentinnen oder jungen Auszubildenden. Das sei weder Teil der Geschichte noch der Traditionen Kasachstans, erklärt er bei einem Besuch im südkasachstanischen Turkestan.
11.3.2011	Mitglieder der nichtregistrierten Partei Alga! werden während einer öffentlichen Kundgebung in der Stadt Pawlodar tätlich angegriffen.
11.3.2011	Die Polizei kann die Eskalation eines zwischenethnischen Konfliktes in einem Dorf im Gebiet Almaty verhindern. Nach der Vergewaltigung und Ermordung eines Mädchens durch einen Mann kurdischer Nationalität hatte die Dorfbevölkerung die Ausweisung der gesamten Familie gefordert.

11.3.2011	Der Sprecher des Senats, Kasymschomart Tokajew, wird zum Generaldirektor des UN-Büros in Genf ernannt.
14.3.2011	Das Bildungsministerium rechnet für die Umsetzung der von Präsident Nasarbajew in seiner Ansprache an die Nation vorgebrachten Ziele im Bildungsbereich mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 23 Mrd. Tenge (ca. 157,6 Mio. US-Dollar).
14.3.2011	Der Politikwissenschaftler Aidos Sarimow äußert laut Interfax-Kasachstan die Vermutung, dass nach den Präsidentschaftswahlen auch die Parlamentswahlen vorgezogen werden.
14.3.2011	Es wird bekannt, dass vier Bürger Kasachstans in der VR China das Todesurteil erwartet. Identität und Straftat der Angeklagten sind nicht bekannt.
14.3.2011	In den Monaten Januar und Februar 2011 wurden 404.700 t Benzin produziert, 24,3 % weniger als in den ersten beiden Monaten 2010, meldet die Agentur für Statistik.
14.3.2011	Senatssprecher Tokajew empfängt die stellvertretende Generaldirektorin der International Organization for Migration (IOM), Laura Thompson, zu Gesprächen.
15.3.2011	In Astana findet eine Demonstration der Bewegung Kasachstan-2012, einem Zusammenschluss verschiedener oppositioneller Gruppen, statt. Die Demonstranten werden zum Teil gewaltsam aufgehalten, es kommt zu zahlreichen Festnahmen, meldet Fergananeews.com.
15.3.2011	Die Zentrale Wahlkommission erlaubt der Oppositionspartei Asat nicht, einen Vertreter in die Kommission zu entsenden, teilt Kommissionssekretär Bachyt Meldeschow mit.
15.3.2011	Premierminister Massimow führt bei seinem Staatsbesuch in Belarus Gespräche mit Präsident Aleksandr Lukaschenko und Regierungschef Michail Mjasnikowitsch, u. a. über mögliche Investitionen in innovative Projekte, z. B. im Weltraum.
15.3.2011	Präsident Nasarbajew übergibt persönlich 5 von 400 neuen Wohnungen an sozial Bedürftige in Astana, weitere 424 Wohnungen sollen bis Ende März vergeben werden.
15.3.2011	In Astana demonstrieren Menschen aus ganz Kasachstan gegen Korruption im Wohnungswesen. Einer der Organisatoren, Jesenbek Okteschbajew, wird wegen der Organisation einer nichterlaubten Veranstaltung festgenommen und zu 15 Tagen Haft verurteilt.
16.3.2011	Senatssprecher Tokajew empfängt den Sondergesandten des UN für Zentralasien und Leiter des Regionalzentrums für Präventive Diplomatie, Miroslav Jenca, zu Gesprächen über Herausforderungen und Gefahren in der Region sowie die Situation in Kirgistan.
16.3.2011	Trotz der Ereignisse in Japan wird Kasachstan nicht von seinem Vorhaben abweichen, ein Atomkraftwerk zu bauen, erklärt der stellvertretende Minister für Industrie und neue Technologien, Dujsenbaj Turganow.
16.3.2011	Der Ministerrat der Staatenunion zwischen Russland und Belarus bietet Kasachstan an, sich am Bau eines Atomkraftwerks in Weißrussland zu beteiligen.
16.3.2011	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Turgankulow, erklärt die Aufrufe zum Boykott der Präsidentschaftswahl zur Provokation und appelliert an die Wähler, sie zu ignorieren.
16.3.2011	Kasachstans Treibhausgas-Emissionen sind gemessen am BIP die höchsten der Welt, heißt es im strategischen Plan für 2011–2015 des Ministeriums für Umweltschutz.
16.3.2011	Der Leiter eines Hochsicherheitsgefängnisses im Gebiet Kostanai wird entlassen, nachdem Vorwürfe der Gefangenemisshandlung in dem Gefängnis bekannt geworden waren.
17.3.2011	Präsident Nasarbajew trifft zu einem offiziellen Besuch in Russland ein, es sind Treffen mit dem Präsidenten Dmitrij Medwedjew und dem Ministerpräsidenten Wladimir Putin geplant.
17.3.2011	Die Staatsanwaltschaft der Region Atyrau hat der North Caspian Operating Company wegen der Verursachung von Umweltschäden eine Strafe von 198,2 Mio. Tenge (1,34 Mio. US-Dollar) auferlegt, gibt der Staatsanwalt für Umweltschutz der Region, Arschat Tajtullin, bekannt.
17.3.2011	Die Kommunistische Volkspartei berichtet, dass die Verwaltung des Heimatortes ihres Präsidentschaftskandidaten, Schambyl Achmatbekow, im Gebiet Akmola Druck auf dessen Verwandten ausübe.

Kirgistan

20.2.2011	Der Nationalkongress, ein Zusammenschluss von 20 politischen Organisationen, bildet als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den offiziellen Institutionen ein Schattenkabinett und ein Schattenparlament.
21.2.2011	Eine Arbeitsgruppe des Parlamentskomitees für Menschenrechte empfiehlt die vorzeitige Amtsenthebung des Ombudsmannes Tursunbek Akun, u. a., weil er nahezu alle früheren Mitarbeiter unabhängig von der Qualität ihrer Arbeit entlassen habe.

22.2.2011	Der Chef der Präsidentialadministration, Emilbek Kaptagajew, empfängt eine Delegation von OSZE/ODHIR zu Gesprächen über die Unterstützung der Organisation bei der Vorbereitung der Präsidentenwahlen und der Implementierung der neuen Verfassung.
22.2.2011	Die EU beginnt ein Programm zur Förderung des Tourismus (427.730 Euro).
23.2.2011	Nasgul Kuschnasarowa, Journalistin beim lokalen Radiosender Almas, wird am Abend in der Nähe ihrer Wohnung überfallen.
24.2.2011	Mehrere Beobachter warnen vor einer wachsenden Terrorgefahr im Ferghanatal im Frühjahr, die Sicherheitsvorkehrungen werden verschärft.
24.2.2011	Präsidentin Rosa Otunbajewa warnt auf mehreren Veranstaltungen vor einer wachsenden Durchdringung aller Sphären öffentlichen Lebens durch Kriminelle.
24.2.2011	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt auf ihrer Website mit, dass Verfahren gegen Mitglieder der Familie Bakijew wegen Schaffung von Korruptionssystemen zur planmäßigen Ausbeutung des Staates eingeleitet werden.
25.2.2011	Die Strafverfolgungsbehörden dementieren Gerüchte, dass der in Kirgistan geborene russische Unternehmer Alisher Usmanow zur Fahndung ausgeschrieben worden sei.
25.2.2011	Das Parlament beschließt Gesetzesänderungen, die die Verwendung des Staatswappens auf Visitenkarten von nicht staatlich Bediensteten verbietet. Männern wird gesetzlich vorgeschrieben beim Anhören der Nationalhymne die Kopfbedeckung abzulegen.
28.2.2011	Der Gaspreis wird für Unternehmen um 0,25 Som angehoben und für Privathaushalte um 0,24 Som gesenkt, teilt der Generaldirektor von KyrgyzGas, Turgunbek Kulmursajew, mit.
28.2.2011	Nach den Worten von Energieminister Askarbek Schadijew belaufen sich die Baukosten für die Wasserkraftwerke von Kambarata auf 15 Mrd. Som (315.783.000 US-Dollar), 9,9 Mrd. (ca. 208 Mio. US-Dollar) seien bereits verbaut. Damit sei das Projekt teurer als das gesamte bestehende Energiesystem des Landes.
28.2.2011	Trotz aller Bemühungen der Regierung, den Brotpreis niedrig zu halten, steigen die Preise für Weizen, Mehl und Brot wöchentlich an.
28.2.2011	Der Konsulardienst des Außenministeriums dementiert Gerüchte, man habe dem flüchtigen Vertreter der Usbeken von Osch, Kadyrschan Batyrow, einen Diplomatenpass gegeben.
1.3.2011	Parlamentssprecher Achmatbek Keldibekow hält sich zu seinem ersten Arbeitsbesuch in Moskau auf.
1.3.2011	Der öffentliche Personentransport in Bischkek steht wegen eines Streiks der Fahrer still.
1.3.2011	Präsidentin Otunbajewa führt in Brüssel Gespräche mit Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und dem Präsidenten der EU-Kommission, Jose Manuel Barroso, und spricht vor dem Europäischen Parlament.
1.3.2011	Nach der Ermordung des Steuerbeamten Sagynbek Alimbajew am 23.3.2011 und der Festnahme von zwei tatverdächtigen Usbeken am 25.3.2011 kommt es in Nookat (Gebiet Osch) zu einer von Angehörigen des Ermordeten organisierten antiusbekischen Demonstration mit fast 700 Teilnehmern.
2.3.2011	Die litauische Generalstaatsanwaltschaft lehnt die Auslieferung des ehemaligen Chefs des Development Fonds, Aleksej Jelisejew, der in Kirgistan wegen Amtsmissbrauch und Missbrauch von Staatsgeldern verfolgt wird, ab.
2.3.2011	Der Bürgermeister von Osch, Melisbek Myrzakmatow, warnt vor neuen ethnischen Auseinandersetzungen.
2.3.2011	Der litauische Außenminister und amtierende OSZE-Vorsitzende, Audronis Azubalis, betont bei seinem Besuch in Osch die Bedeutung von Dialog und Versöhnung für die Stabilisierung Kirgistans und sagt Unterstützung zu.
2.3.2011	Im Bezirk Leilek, Gebiet Batken, beginnt der Bau einer Umgehungsstraße, die den Bewohnern den Besuch ihrer Bezirkshauptstadt ohne Durchquerung tadschikischen Staatsgebiets möglich machen wird.
2.3.2011	Alle wegen der Demonstrationen in Nookat am Vortag Festgenommenen werden frei gelassen, die Situation ist nach Angaben der Polizei stabil.
2.3.2011	Kirgisische Menschenrechtler appellieren an Präsidentin Otunbajewa, Premier Atambajew und Parlamentssprecher Kedilbekow, gegen die fortgesetzte ethnische Diskriminierung vorzugehen.
2.3.2011	General Duncan J. McNabb, Commander des United States Transportation Command, trifft zu einem zweitägigen Besuch ein. Gespräche mit Premierminister Atambajew sind vorgesehen.
3.3.2011	Der französische Außenminister Alain Juppé sagt Präsidentin Otunbajewa während ihres Staatsbesuches in Frankreich die Unterstützung seines Landes bei der weiteren Demokratisierung zu.
3.3.2011	Dorfbewohner eines an Usbekistan grenzenden Bezirkes im Gebiet Batken drohen an, die Straße in die usbekische Enklave Soch zu blockieren, wenn ihnen von usbekischer Seite weiterhin die Einreise verweigert wird.
3.3.2011	Parlamentssprecher Keldibekow spricht mit dem amtierenden OSZE-Vorsitzenden Azubalis über Möglichkeiten zur Verbesserung des Investitionsklimas in Kirgistan.

3.3.2011	Eine Gruppe von Demonstranten versucht in Bischkek in das Büro der Chefin der Assoziation der NGOs, Toktajim Umetalijewa, einzudringen.
3.3.2011	Premierminister Atambajew empfängt den Sondergesandten des Hohen Kommissars der UN für Menschenrechte in Zentralasien, Armen Harutyunyan.
4.3.2011	Präsidentin Otunbajewa wird in Washington von US-Außenministerin Hillary Clinton mit dem International Women of Courage Award ausgezeichnet.
8.3.2011	Präsidentin Otunbajewa wird von US-Präsident Barack Obama und Außenministerin Clinton empfangen.
9.3.2011	Der Vorsitzende des Russischen Vereinigten Rates der Landsleute, Aleksandr Iwanow, beklagt gegenüber Interfax einen wachsenden kirgisischen Nationalismus, der sich zum Beispiel in Brandstiftung in drei russischen Restaurants in Bischkek geäußert habe.
9.3.2011	Russische Dumaabgeordnete erheben Korruptionsvorwürfe gegen den 1. stellvertretenden Premier und Vorsitzenden der Partei Respublika, Omurbek Babanow, im Zusammenhang mit einer von ihm angeblich veranstalteten Kampagne gegen MegaCom.
9.3.2011	Schersod Askarow, der Sohn des Journalisten und Menschenrechtlers Asimschan Askarow, nimmt in Prag stellvertretend für seinen in Haft befindlichen Vater den Homo Homini Preis in Empfang.
10.3.2011	Die stellvertretende Generaldirektorin von IOM (International Organization for Migration) trifft in Bischkek zu Gesprächen über Arbeitsmigration, Verhinderung von Menschenhandel ua. ein.
10.3.2011	Eine Parlamentskommission zur Untersuchung der Vorgänge um die russische Gesellschaft MegaCom nimmt die Arbeit auf. Sie soll feststellen, wer der rechtmäßige Eigentümer des Unternehmens ist und die Gesetzmäßigkeit seines Finanzgebarens überprüfen.
10.3.2011	Der Prozess gegen den Chef der Kommunistischen Partei, Ischak Masalijew, und den früheren Leiter der Administration des Präsidenten, Usen Sydykow, wegen der Organisation von Unruhen und versuchter Machtusurpation endet mit dem Freispruch Masalijews. Sydykow wird wegen der Organisation von Unruhen zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt, die Strafe wird aber ausgesetzt.
10.3.2011	Das Gebietsgericht von Dschalalabad bestätigt die lebenslänglichen Freiheitsstrafen für 18 Usbeken, die das Bezirksgericht von Suzak verhängt hatte. Den Verurteilten wird der Tod von 16 Menschen während der Juni-Unruhen zur Last gelegt.
10.3.2011	Ombudsmann Tursunbek Akun stellt den aktuellen Menschenrechtsbericht vor, der die Menschenrechtslage als nach wie vor schwierig bewertet.
10.3.2011	Nach Angaben von Kirgizgaz hat das Unternehmen Schulden in Höhe von 3,4 Mio. US-Dollar gegenüber Usbekistan für Gaslieferungen.
12.3.2011	CSTO-Generalsekretär Nikolaj Bordjuscha besucht die Gebiete Osch und Batken.
12.3.2011	In einem Einkaufszentrum in Bischkek werden zwei chinesische Staatsbürger ermordet, zwei tatverdächtige Kirgisen verhaftet.
14.3.2011	Kirgistan Airlines fliegt ab sofort zwei Mal wöchentlich die Strecke Bischkek-Istanbul.
14.3.2011	In Bischkek beginnt der Prozess gegen Achmat Bakijew, einen Bruder des Ex-Präsidenten.
15.3.2011	Der frühere Chef von MegaCom, Andrej Silitsch, gegen den wegen Unterschlagung ermittelt wurde, teilt vor der Presse mit, dass die strafrechtlichen Ermittlungen gegen ihn eingestellt worden seien.
15.3.2011	Premierminister Atambajew empfängt seinen pakistanischen Amtskollegen Syed Yousuf Raza Gilani, u. a. wird über den Bau von Hochspannungsleitungen nach Pakistan gesprochen.
15.3.2011	Präsidentin Otunbajewa äußert sich bei einem Pressegespräch unzufrieden mit der Zusammenarbeit mit der Nato und fordert eine Intensivierung. Zugleich kündigt sie an, dass sowohl Russland als auch die USA Militärbasen im Süden errichten werden.
15.3.2011	Präsidentin Otunbajewa äußert ihre Besorgnis über wachsende interethnische Spannungen im Süden Kirgistans.
15.3.2011	Bei den Ermittlungen gegen MegaCom geraten Finanzpolizei und Staatsanwaltschaft in einen offenen Konflikt, die Finanzpolizisten verweigern der Staatsanwaltschaft den Zutritt in die von ihnen durchsuchten Geschäftsräume des Unternehmens.
15.3.2011	Der Bürgermeister von Osch, Melisbek Myrsachmatow, kündigt für die kommenden beiden Monaten verstärkte Wiederaufbau-Aktivitäten an und fordert die Besitzer von bei den Juni-Unruhen zerstörten Restaurants und Cafes auf, diese wieder betriebsbereit zu machen.

16.3.2011	Der frühere Chef von MegaCom nimmt seine Funktion wieder auf, der von der Regierung im Januar eingesetzte neue Chef, Asamat Mursalijew, wird von Mitarbeitern am Betreten des Unternehmens gehindert. Hinter den bereits die Beziehungen zu Russland belastenden Ereignissen stehen politische Auseinandersetzungen. Der frühere Eigentümer von MegaCom war ein enger Freund von Maksim Bakijew, dem Sohn des Ex-Präsidenten.
16.3.2011	Präsidentin Otunbajewa erörtert mit dem Chef des russischen Drogenkontrolldienstes die Schaffung eines Anti-Drogen-Systems.
16.3.2011	Premierminister Atambajew und der Vertreter von UNO und UNDP in Kirgistan, Neil Walker, unterzeichnen das UN Development Assistance Framework 2012–2016.
16.3.2011	Zur Klärung der Vorgänge um die MegaCom wird von Präsidentin Otunbajewa eine spezielle Untersuchungsgruppe aus Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrates, des Innenministeriums und der Finanzpolizei gebildet.
16.3.2011	Jewgenij Gurewitsch wird von einem Bischkeker Gericht in Abwesenheit wegen Korruption zu 15 Jahren Haft verurteilt. Gurewitsch gehörte zu engsten Vertrauten der Familie Bakijew und ist auch schon in Italien wegen Finanzvergehen verurteilt worden.
17.3.2011	Premierminister Atambajew trifft bei seinem überraschenden Moskaubesuch mit seinem Amtskollegen Putin und dem russischen Finanzminister Aleksej Kudrin zusammen.
17.3.2011	Die Verteidigungsminister Kirgistans und Kasachstans, Adilbek Dschaksybekow und Abibilla Kudajberdijew, unterzeichnen ein Abkommen über militärische Hilfe.
17.3.2011	Almasbek Abekow wird zum geschäftsführenden Generaldirektor von MegaCom ernannt.
18.3.2011	Die Initiatoren des Volksbegehrens für ein Lustrationsgesetz geben auf einer Pressekonferenz bekannt, dass sie bereits 300.000 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt haben.
18.3.2011	Der Gouverneur von Batken drängt auf die Aushandlung eines zwischenstaatlichen Abkommens mit Usbekistan, um eine Zuspitzung des Konflikts um Weideland zwischen Kirgisen und Usbeken im Bereich der usbekischen Enklave Soch zu verhindern.
18.3.2011	Die Regierung stellt die erste kirgisische Anti-Korruptions-Website www.anticorr.gov.kg vor, auf der Bürger Verdachtsfälle melden können.

Tadschikistan

21.2.2011	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Mirsoali Boltujew, erörtert mit Vertretern von ODHIR Probleme bei der angestrebten Einführung des e-voting in Tadschikistan.
22.2.2011	Die Strafverfolgungsbehörden nehmen Untersuchungen im Fall des Redakteurs der Parteizeitung der Partei der Islamischen Wiedergeburt, Hikmattuloh Sajfullosoda, der am 7.2. krankenhausreif geschlagen worden war, auf. Beobachter stellen einen Zusammenhang mit der Kritik des US-Botschafters bei der OSZE, Ian Kelly, an der Situation tadschikischer Journalisten auf einer Sitzung ihres Ständigen Rates her.
22.2.2011	Eine der wichtigsten Verbindungsstraßen des Landes, die Überlandstraße von Duschanbe nach Chudschand, muss nach kurzfristiger Öffnung wieder wegen Lawinenabgangs gesperrt werden.
28.2.2011	Präsident Rachmon trennt den Bereich Kommunikation vom bisherigen Ministerium für Transport und Kommunikation ab und entlässt den bisherigen Minister Olim Bobojew.
28.2.2011	Ein Sprecher des UN World Food Programm in Duschanbe teilt mit, dass Russland 5 Mio. US-Dollar zur Finanzierung von Schulspeisungen in Tadschikistan zur Verfügung gestellt habe.
1.3.2011	Der älteste Sohn von Präsident Rachmon, Rustam (23), wird Chef der Abteilung Zollverstöße und Schmuggel in der Zollbehörde.
2.3.2011	Der pakistanische Minister für Privatisierung, Syed Naveed Qamar, und der tadschikische Energieminister, Sche-rali Gul, unterzeichnen ein Abkommen über die Intensivierung der Zusammenarbeit. Einige Medien melden, dass Pakistan bereit sei, den Bau des Roghun-Wasserkraftwerkes finanziell zu unterstützen.
2.3.2010	Asia-Plus meldet, dass das Parlament ein Gesetz verabschiedet hat, das das Abhören von Telefonen erlaubt.
2.3.2011	Die erste Ausgabe der neuen russischsprachigen Zeitung Wetschjorka erscheint.
2.3.2011	Vier Frauen, die 2010 wegen des Verdachts extremistischer Tätigkeit und Mitgliedschaft in der verbotenen islamistischen Jamaat ut-Tabligh verhaftet worden waren, werden aus Mangel an Beweisen freigelassen.
3.3.2011	Nach einem Bericht des Bildungsministeriums besuchen ca. 50.000 Mädchen wegen der Armut ihrer Familien und weil eine wachsende Zahl von Familien Mädchen nicht mehr unbewacht in die Öffentlichkeit lässt, keine Schule.
7.3.2011	Präsident Rachmon trifft in Islamabad mit seinem pakistanischen Amtskollegen zusammen. Eine engere Zusammenarbeit in Handel, Kommunikation und Energie (CASA-1000) wird vereinbart.

8.3.2011	Am Morgen kommt es in einem Restaurant im Zentrum von Duschanbe zu einer heftigen Explosion, eine Person wird verletzt. Die Hintergründe sind unklar.
9.3.2011	In Duschanbe landen iranische Frachtmaschinen mit Bauteilen für das Sangtuda-2-Wasserkraftwerk. Der Luftweg wird aus Angst vor erneuten usbekischen Blockaden des Eisenbahngüterverkehrs gewählt.
10.3.2011	Russland verweigert die Auslieferung des Unternehmers Nisomchon Dschuraew, der wegen mehrerer schwerer Vergehen in Tadschikistan verfolgt wird.
14.3.2011	Eine Delegation des Parlamentes begibt sich zum ersten Treffen einer gemeinsamen Parlamentskommission des tadschikischen und europäischen Parlamentes nach Brüssel.
14.3.2011	Die russische Nachrichtenagentur Regnum meldet, dass der Zugverkehr zwischen Duschanbe und Chudschand, bzw. Konibodom, der über usbekisches Territorium führt, wegen mangelnder Nachfrage eingestellt wurde.
15.3.2011	Präsident Rachmon empfängt den EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Pierre Morel, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit seines Landes mit der EU.
16.3.2011	Der Direktor der staatlichen Drogenkontroll-Agentur, Rustam Nasarow, erörtert mit dem Generalsekretär der CSTO, Nikolaj Bordjuscha, Möglichkeiten der Zusammenarbeit.
16.3.2011	Offiziere des Russischen Zolls beschlagnahmen an der Grenze 65 kg aus Tadschikistan stammenden Heroins, fünf Personen werden festgenommen.
17.3.2011	Amnesty International und das Büro zum Schutz der Menschenrechte drücken ihre Beunruhigung über den Tod von Safarali Sangow aus und fordern eine Untersuchung. Der junge Mann war am 1. März ohne Angabe von Gründen verhaftet worden und fünf Tage später an schweren Verletzungen gestorben.
17.3.2011	CSTO-Generalsekretär Bordjuscha erklärt, dass die tadschikisch-afghanische Grenze von Truppen der CSTO-Staaten geschützt werden solle.

Turkmenistan

19.2.2011	Aus Anlass des Feiertags zu Ehren der Nationalflagge hat Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow eine Amnestie erlassen, meldet die staatliche Nachrichtenagentur Solotoj Wek.
20.2.2011	Turkmenistan führt einen Testlauf für die für 2012 angesetzte digitale Volkszählung durch.
21.2.2011	Präsident Berdymuchammedow bespricht mit Erik Stuart, dem Chef des Turkmenistan-U.S. Business Council, die Ausweitung zukünftiger Geschäftsbeziehungen, meldet die Presseagentur des Präsidenten.
22.2.2011	Die Turkmenische Fluggesellschaft Turkmenhowajollary richtet wöchentliche Flüge von Aschhabad über Turkmenbaschi nach Moskau ein.
22.2.2011	Vize-Premierministerin Majsa Jasmuchamedowa holt bei einem offiziellen Besuch in China Rat bezüglich der Organisation von Massenveranstaltungen ein, meldet die Nachrichtenagentur Regnum.
25.2.2011	Eine Delegation der Europäischen Kommission sowie Leiter der in Turkmenistan akkreditierten diplomatischen Vertretungen und Missionen der EU-Länder bieten Turkmenistan weitere Investitionsprojekte in Bereichen Wasserversorgung, Ökologie, Energie und Landwirtschaft an.
2.3.2011	Turkmenistan erhöht seine Erdgasexporte nach China um 20 Mrd. m ³ pro Jahr.
3.3.2011	In Aschhabad endet eine internationale Konferenz zum Thema ökologische Aspekte der transkaspischen Pipelines. Unter den Teilnehmern sind Vertreter der internationalen beteiligten Organisationen und Firmen.
4.3.2011	Der russische Mobilfunkanbieter MTS weist Vorwürfe des turkmenischen Außenministeriums zurück, seine Tarife seien überhöht gewesen und er habe einen zu geringen Anteil an die turkmenische Tochterfirma bezahlt. Man habe vertragsgemäß 20 % des Gewinns überwiesen.
7.3.2011	Das russische Außenministerium besteht darauf, dass die Interessen von MTS in Turkmenistan eingehalten werden.
11.3.2011	Turkmenistan und Afghanistan planen eine die beiden Staaten verbindende 120 km lange Eisenbahnstrecke.
11.3.2011	Das staatliche Fernsehen berichtet, dass Turkmenistan erstmals Getreide exportieren werde. Präsident Berdymuchammedow habe eine Genehmigung für die Ausfuhr von 217.000 t Getreide erteilt.
11.3.2011	Turkmenistan wird eine ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf eröffnen, teilt Präsident Berdymuchammedow bei einer Kabinettssitzung mit.
13.3.2011	Reporter ohne Grenzen stufen Turkmenistan als »Feind des Internets« unter die zehn Länder mit der schärfsten Internetzensur ein.
13.3.2011	Die Kommunistischen Parteien der ehemaligen Sowjetrepubliken bitten Präsident Berdymuchammedow um Freilassung des 60jährigen Chefs der Kommunistischen Partei Turkmenistans, Serdar Rachimow.

14.3.2011	Turkmenistan hat im Jahr 2010 sechs T-90C Panzer und vier Smertsch Vielfach-Raketenwerfer-Systeme aus Russland gekauft, meldet die Nachrichtenagentur Regnum.
15.3.2011	Im Rahmen der Amnestie vom 19. Februar wurden keine aus Glaubensgründen Inhaftierten freigelassen, meldet Portal-kredo.ru.
15.3.2011	In Genf findet der 3. Gipfel von Genf für Menschenrechte, Toleranz und Demokratie statt, an dem Zentralasien durch den Leiter der Turkmenischen Initiative für Menschenrechte, Farid Tuchbatullin, vertreten wird.
17.3.2011	Im Environmental Performance Index der Yale und Columbia Universitäten, in dem u. a. der ökologische Zustand und die Umweltpolitik eines Landes erfasst werden, belegt Turkmenistan Platz 157 von 163 untersuchten Ländern.
17.3.2011	Maksat Kakabajew (Maro) und Murat Owesow, die bekanntesten turkmenischen Rocksänger, wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, meldet RFE/RL.

Usbekistan

21.2.2011	In einer Sendung des staatlichen Fernsehens werden Rock- und Rap-Musik als westliche Exzesse bezeichnet, die Sadismus, Drogenmissbrauch und Unmoral propagieren.
22.2.2011	Im Rahmen der Woche der russischen Bildung wird in der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften ein Lesesaal der russischen Welt eröffnet.
22.2.2011	Quellen aus der Taschkenter Stadtverwaltung berichten, dass der bisherige Bürgermeister, Abdukachor Tuchtajew, und 16 seiner Mitarbeiter verhaftet worden seien.
23.2.2011	Menschenrechtler berichten, dass die Behörden den in Usbekistan befindlichen Besitz ehemaliger Staatsbürger, die die Staatsbürgerschaft anderer Staaten angenommen haben, konfiszieren.
23.2.2011	Vor einem Taschkenter Bezirksgericht beginnt die Anhörung im Falle zweier ehemaliger Journalisten des Fernsehsenders Yoshlar, die gegen ihre Entlassung im Dezember geklagt hatten. Sie hatten zuvor öffentlich gegen Korruption beim Sender demonstriert.
25.2.2011	Kasachstanische Quellen melden, dass nach Angaben der Elektrizitätsgesellschaft KEGOC Usbekistan systematisch mehr Strom als vertraglich vereinbart aus dem Stromnetz entnehme, am 23.2. soll die Menge sich auf insgesamt 11 Mio. kWh belaufen haben.
25.2.2011	Im neuen Revolving Index des Wall Street Journal steht Usbekistan nur zwei Plätze vor Libyen an 15. Stelle.
27.2.2011	Das Unterhaus des Parlamentes nimmt in erster Lesung Gesetzesänderungen an, die die Nominierung des Ministerpräsidenten durch politische Parteien vorsehen.
28.2.2011	CA-News meldet, dass seit dem 1.2. unter der Adresse www.stat.uz/egrpo/ eine neue Informations- und Kommunikationsmöglichkeit für Unternehmen zur Verfügung steht.
28.2.2011	Im Krankenhaus der jemenitischen Stadt Atak soll ein Arzt aus Usbekistan gekidnappt worden sein.
28.2.2011	Gegen die Menschenrechtsorganisation Ezgulik wird ein Verfahren wegen Verleumdung im Zusammenhang mit Erklärungen der Organisation zum Tod der bekannten Sängerin Dilnura Kodirshonowa vor drei Jahren eingeleitet.
1.3.2011	Uznews.net meldet, dass in Schweden lebende usbekische Oppositionelle sich an die Polizei gewendet hätten, weil sie sich von einem übergelaufenen SNB Offizier, der in Schweden Asyl hat, bedroht fühlen.
1.3.2011	Ferghana.ru berichtet von einer stark gestiegenen Nachfrage nach Satellitenschüsseln, seit im September 2010 die Kabelübertragung russischer Sender eingestellt wurde.
1.3.2011	Die Weltbank beschließt, Usbekistan einen 88 Mrd. US-Dollar Kredit für die Modernisierung der Wasserversorgung im Gebiet Syrdarja zur Verfügung zu stellen.
2.3.2011	Der ehemalige Taschkenter Polizeioffizier Alischer Abdullajew, der in Norwegen wegen des Verdachts terroristischer Aktivitäten unter Anklage steht, wird bis zum Abschluss der Verhandlungen auf freien Fuß gesetzt.
2.3.2011	Usbekische Menschenrechtler veröffentlichen eine Liste mit den Namen von 25 Personen, die am 27.3. in Stadt und Gebiet Taschkent unter dem Vorwurf des religiösen Extremismus verhaftet wurden.
2.3.2011	An der Grenze zu Afghanistan wird ein afghanischer Schmuggler erschossen, 26 kg Drogen beschlagnahmt.
3.3.2011	Das erste staatliche Fernsehprogramm berichtet in einem längeren Beitrag über türkische Firmen, die die besonders günstigen Investitionsbedingungen in Usbekistan genutzt hätten, um Wirtschaftsverbrechen zu begehen und islamistische Ideologien zu verbreiten und daher geschlossen wurden.
4.3.2011	Die Online-Ausgabe der Wochenzeitung Russkij Reporter ist blockiert, ein Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Fall Korepanow wird vermutet.
6.3.2011	In Moskau stirbt unerwartet die bekannte usbekische Journalistin Sanobar Schermetowa.

7.3.2011	Die Menschenrechtlerin Mutabar Tadschibajewa erklärt in einem offenen Brief, dass sie den International Women of Courage Award, den sie 2009 erhalten hatte, aus Protest gegen die Auszeichnung der kirgisischen Präsidentin Rosa Otunbajewa zurückgebe.
7.3.2011	In New York erscheint die erste Ausgabe der ersten in den USA erscheinenden usbekischen Zeitung, Watandosch (Landsmann).
9.3.2011	Der aus Usbekistan stammende Journalist Jewgenij Djakonow, der als politischer Asylant in Oslo lebt, wird von einer Gruppe norwegischer Antifaschisten verprügelt und ausgeraubt.
11.3.2011	Die staatliche Eisenbahngesellschaft Temir Yollari beginnt mit dem Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Dschizzak nach Jangijar.
11.3.2011	In einer Sendung des ersten staatlichen Fernsehprogramms werden Schuljungen aufgefordert, freitags die Schule und nicht eine Moschee zu besuchen. Mädchen wird erklärt, dass das Tragen eines Kopftuches medizinisch bedenklich sei und nicht der usbekischen Kultur entspreche.
13.3.2011	Pakistanische Medien melden, dass der usbekische Botschafter in Pakistan im Ministerium für Wasser und Energie eine Protestnote gegen die Pläne, tadschikischen Strom nach Pakistan zu exportieren, überreicht habe.
14.3.2011	Nach Angaben der russischen Zentralbank stieg die Summe der Rücküberweisungen usbekischer Gastarbeiter 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 34,7 % und betrug 3.072 Mrd. US-Dollar.
15.3.2011	Human Rights Watch wird gezwungen, sein Büro in Taschkent zu schließen. Zuvor hatten sich die Behörden geweigert, Steve Swerdlow als neuen Vertreter der Menschenrechtsorganisation zu akkreditieren.
15.3.2011	Raschid Bekschon, Mitglied von Erk und Bruder ihres Führers Muhammad Solih, wird nach 12 Jahren Haft freigelassen.
16.3.2011	Der Flughafen von Navoi meldet, dass nun auch Verbindungen nach Washington, Istanbul, Beijing, Almaty und Minsk bestehen.
17.3.2011	Mehrere zentralasiatische Quellen melden, dass die EU in Reaktion auf die erzwungene Schließung des HRW-Vertretung in Usbekistan beschlossen hätte, doch keine Delegation nach Taschkent zu entsenden. Von EU-Seite wird dies dementiert.
17.3.2011	Aus Polizeiquellen verlautet, dass die Regierung Arbeitgebern befohlen habe, Arbeitnehmer, die während der Arbeitszeit eine Moschee aufsuchen, zu entlassen.
18.3.2011	Präsident Karimow empfängt den chinesischen Verteidigungsminister Liang Guanglie zu Gesprächen über eine Verstärkung der militärischen Kooperation.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Margarethe Waldt

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de